

27. Sitzung vom 9. Dezember 2024

rsa / fmr

Seite 585

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 9. Dezember 2024, 19:00 – 22:35 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär ad interim, die Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	-

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Abnahme der Protokolle vom 30. September 2024 und 4. November 2024
 3. Budget 2025 und Festsetzung des Steuerfusses
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 29. November 2024 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

1.1 Überweisungen

Keine.

1.2 Eingänge

- Protokoll der GR-Sitzung vom 4. November 2023
 - Bericht und Antrag zum Budget 2025
 - Protokoll der GR-Sitzung vom 30. September 2024
 - Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der FDP/BFPW-Fraktion, vom 29. August 2024, betreffend polizeiliche Einsätze
-

0.5.1

2. Abnahme der Protokolle vom 30. September und 4. November 2024

(Die Protokolle vom 30. September und 4. November 2024 werden genehmigt.)

0.10.5

3. Budget 2025 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Gemäss Art. 71 Abs. 2 der Geschäftsverordnung des Gemeinderats muss der Gemeinderat auf das Budget eintreten. Damit entfällt eine Eintretensdebatte.

Für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen wird vorgeschlagen, gemäss der Reihenfolge auf Seite 9 und 10 des Budgets (Antrag zum Budget und Antrag zum Steuerfuss) vorzugehen.

Erstens wird das vorliegende **Budget 2025 inklusive Leistungsaufträgen mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen** beraten und mit Änderungsanträgen resp. -abstimmungen bereinigt.

Zur Beratung: Zu Beginn erfolgt eine Debatte über das Budget generell. Danach werden die einzelnen Hauptaufgabenbereiche durchgegangen.

Jeder Antrag von der GRPK oder von einer Fraktion ist ein Änderungsantrag, über welchen sogleich abgestimmt wird. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet, bedeutet dies Zustimmung zum jeweiligen Antrag des Stadtrats gemäss seinem Antrag zum Budget 2025.

Gibt es drei oder mehr gleichgeordnete Änderungsanträge (Anträge die sich konkurrenzieren resp. ausschliessen), kommt das Cup-System zur Anwendung (**Art. 88 Geschäftsverordnung**). Falls es dazu kommt, werde ich dies dann genauer erklären.

Das Budget ist dann bereinigt und es erfolgt nach einer weiteren Debatte **die Abstimmung über das bereinigte Budget als Ganzes**.

Wird das Gesamt-Budget genehmigt, erfolgt in einem zweiten Schritt die Beratung und Abstimmung über den **Steuerfuss 2025**.

Die endgültige Festlegung des Budgets ist ab hängig vom Beschluss über den Steuerfuss, weshalb abschliessend **über das Gesamtpaket** (Budget und Steuerfuss) eine **Schlussabstimmung** durchgeführt wird.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es gegen den vorgestellten Ablauf keine Einwände.)

Zur Detailberatung des Budgets im Allgemeinen

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: In der Vorbereitung auf mein Votum zum Budget 2025 habe ich mich durch die Wortmeldungen der vergangenen Jahre gelesen und musste dabei feststellen, dass wir in den vergangenen Jahren nur wenige wesentliche Fortschritte erreicht haben, die ich mir erhofft habe und welche zu Beginn der Legislatur und in den vergangenen Jahren angestrebt wurden. Dabei beziehe ich mich im Wesentlichen auf 3 Aspekte welche Erwähnung fanden:

1. Reduktion des strukturellen Defizits bzw. Verbesserung des Cashflows, welcher der Stadtrat in seinen Zielen festgehalten hat.
2. Verbesserung der Führungskennzahlen, worauf sich die GRPK fokussiert und diverse Verbesserungen vorgeschlagen hat.
3. Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Gemeinderat.

Ich komme zum ersten Punkt, zur Reduktion des strukturellen Defizits: Im vergangenen Jahr waren wir, d.h. der Stadt- und Gemeinderat fokussiert auf Grossprojekte wie die Ausgliederung der Frohmatt, dem geplanten Wärmeverbund sowie dem Abschluss der Diskussion um die PUK und die externe Administrativuntersuchung zur Frohmatt. Die Grossprojekte wurden im Herbst durch den Gemeinderat bestätigt, werden bei einer Annahme durch den Souverän langfristig Wirkung erzielen, aber kurzfristig haben sie uns nicht geholfen, den Blick auf Fragen zum strukturellen Defizit zu richten und wie dieses behoben werden soll. Auf Fragen, die nur in der täglichen Auseinandersetzung mit Führung, Kommunikation und politischer Auseinandersetzung zu klären sind.

Um diese Diskussion und Auseinandersetzung führen zu können, sind Kennzahlen wichtig und damit komme ich zum zweiten Punkt. Wir sind als Stadt- und Gemeinderat noch nicht in der Lage, Entscheide auf klaren Kennzahlen herbeizuführen. Abteilungen, welche dieses oder im vergangenen Jahr durch die Grossprojekte beschäftigt waren, aber auch Abteilungen, welche nicht mit diesen Themen konfrontiert waren wie z.B. die Abteilung Planen und Bauen oder die Primarschule, verfügen weiterhin noch nicht über ein Set relevanter Kennzahlen. Diese würden helfen, auch budgetrelevante Entscheidungen auf Basis von nachvollziehbaren Aufgaben- und Berechnungsschlüssen herbeizuführen. Und damit komme ich zum dritten Punkt: Die relevanten Kennzahlen und Projekte sollten im Dialog zwischen Stadt- und Gemeinderat entwickelt werden. Im Austausch gilt es, Führungsinstrumente zu entwickeln und zu professionalisieren sowie verschiedene Projektinteressen auszutarieren. In verschiedenen Projekten wurde seitens Gemeinderat immer wieder auf einen möglichst frühen Einbezug der Legislative hingewiesen, um eine positive Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zu ermöglichen. Und diese Ziele gilt es aus meiner Sicht auch im Jahr 2025 weiterzuverfolgen.

Ich sage nicht, dass in den vergangenen Jahren keine Fortschritte erzielt wurden, in der Abteilung Gesellschaft wurden neue FLAG-Ziele definiert, die Zusammenarbeit zwischen GRPK und der Abteilung Finanzen konnte in weiten Teilen verbessert werden. Die grossen Baustellen blieben uns aber auch im kommenden Jahr erhalten:

1. Das Personalwachstum hat weiter stark zugenommen und wird auch budgetiert weiter zunehmen. Eine Stabilisierung bzw. Reduktion des strukturellen Defizits bleibt auf dieser Basis vorerst ausser Reichweite.
2. Die Diskussion zwischen Gemeinderat und Stadtrat um die Bewilligung von Stellen und dem notwendigen Budget muss angegangen werden. Wir werden im Verlauf dieser Sitzung wieder auf das Thema zu sprechen kommen und wir haben das auch in den vergangenen Jahren immer wieder diskutiert. Aus meiner Sicht ist ein Verharren in bisherigen Denkmustern auf beiden Seiten nicht zielführend und wir müssen hier im nächsten Jahr Verbesserungen erreichen.
3. Die Diskussion um die FLAG-Ziele und Globalbudgets muss vertieft werden. Ohne Transparenz in den Kennzahlen, können wir keine verbindliche Diskussion führen um Aufgaben, Ziele und politische Dimensionen der verschiedenen Vorhaben zu kennen und zu beurteilen.

Zum Abschluss noch kurz die Übersicht zum Bericht und Antrag des Budget 2025 bevor die Kollegen der GRPK, die auch dieses Jahr wieder viel Einsatz geleistet haben, auf die einzelnen Abteilungen eingehen. Das Budget 2025 rechnet mit einem Ertragsüberschuss von rund 9.2 Mio. Franken. Dieser Überschuss ist wie in den vergangenen Jahren geprägt durch ausserordentliche Erträge bei den Grundstücksgewinnsteuern, aber auch durch steigende Aufwände von plus CHF 4 Mio. Davon macht der steigende Personalaufwand rund 3 Mio. Franken aus. Und das sind zwei wesentliche Aspekte, welche ich vorher kurz angesprochen habe.

Neben dem erhofften Anstoss der Grossprojekte sollte das Jahr 2025 genutzt werden, die genannten Baustellen zu bereinigen. Ich bin zuversichtlich, dass wir dies im nächsten Jahr schaffen werden.

Beat Lüthi, FDP: Ueli Reiter hat schon ausführlich über das Budget berichtet und ich werde mir Mühe geben, seine Aussagen nicht zu wiederholen.

Wir anerkennen die Bemühungen des Stadtrats, den Budget-Prozess und die Planungsgenauigkeit weiter zu verbessern. Im zweistufigen Budgetprozess wurde offenbar schon in der ersten Stufe in erheblichem Ausmass der Rotstift angesetzt. Dafür geht der Dank insbesondere an den Stadtrat Finanzen, Christof Wolfer, und sein Team.

Tatsache ist aber – und jetzt lege ich meinen Finger einfach auf die Fakten – dass das strukturelle Defizit, eines der Hauptziele der Legislatur, auch im Budget 2025 mit ca. CHF 6.5 Mio. Franken weiterhin viel zu hoch ist und auf etwa gleicher Höhe verharret wie zu Beginn der Legislatur. 2025 ist das letzte Geschäftsjahr der laufenden Legislatur. Falls 2025 nicht effektiv gegenüber Budget deutliche Verbesserungen auf der Aufwand- oder Ertragsseite erzielt werden, muss das Verdikt am Schluss bezüglich diesem wichtigen Ziel lauten: Zielsetzung nicht erreicht!

Wir von der FDP / BFPW Fraktion finden das äusserst bedauerlich und besorgniserregend, zumal der Ausblick für die Folgejahre weitere hohe Belastungen in Aussicht stellt, insbesondere bei den Investitionen. Dies umso mehr, weil Anfang Legislatur vom Stadtrat in Aussicht gestellt wurde, dass die Verbesserung der strukturellen Finanzierungslücke nur mittels allen Pfeilern zustande komme, die da sind:

1. Aufwandseitige Verbesserungen
2. Steigende Steuerkraft (absolut wie relativ)
3. Allenfalls eine Anpassung des Steuerfusses nach oben

Wenn wir nun zurückschauen, ist festzuhalten, dass sich die Steuerkraft recht positiv entwickelt hat (absolut wie relativ) und dass zu Beginn der Legislatur von der linken Ratshälfte bereits eine erste Steuerfusserhöhung durchgesetzt wurde. Im Gegensatz dazu muss beim Pfeiler «Verbesserung der Aufwandsentwicklung» im militärischen Jargon festgehalten werden: Nicht erfüllt!

Die Absicht, den Aufwand weniger stark steigen zu lassen als den Ertrag, konnte nicht erreicht werden. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass die unbefriedigend hohen Aufwandsteigerungen zu einem gewissen Teil durch neue Vorgaben des Kantons im Bereich Bildung sowie die demographische Entwicklung (Steigerung Pflegekosten) und durch den Fachkräftemangel (steigende Personalkosten) beeinflusst waren und sind. Aber die Identifikation von Kostensenkungspotentialen im Rahmen der Leistungsüberprüfung, die mittels Bemühungen im Benchmarking unternommen wurden, diese Anstrengungen haben bisher nur bescheidene, in höchstem Mass ernüchternde Erkenntnisse und Ergebnisse gebracht. Da muss noch mehr kommen, erheblich mehr.

Als Anekdote möchte ich hier nur anfügen, dass ich in der Besuchswoche die Frage stellte, wie viele Stellen im Stellenplan 2025, neben gut acht neu geschaffenen Stellen, wegrationalisiert worden oder einfach sonst redundant geworden seien für das Budget 2025. Auf diese Frage habe ich nur Schweigen geerntet.

Wenn bezüglich der Anstrengungen, die Aufwandsteigerung deutlich zu bremsen, keine Resultate kommen und wir nicht weiter durch hohe, über dem Planwert liegende Grundstückgewinnsteuern «gerettet» werden, wird der Gemeinderat nicht darum herumkommen, mittels Budget- und evtl. auch Leistungskürzungen selbst einzugreifen, denn es geht nicht an, dass wir für unsere Kinder einen Schuldenberg auftürmen oder dem Steuerzahler noch mehr Geld aus der Tasche ziehen.

Simon Bass, Die Mitte: Auch dieses Jahr klafft leider weiterhin eine ziemlich grosse Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. Budgetiert wird erneut ein strukturelles Defizit von 6.5 Mio. Franken. Immerhin stagniert das Defizit im Budget 2025. Ebenso wie im letzten Jahr wird das Budget 2025 durch ausserordentliche Grundstückgewinnsteuern ausgebessert. So wird ein Überschuss von 9.2 Mio. Franken budgetiert. Der Gesamtaufwand wächst auch dieses Jahr wieder um 4 Mio. Franken, während er Ertrag nur um 2.7 Mio. Franken wächst. Bei einer einfachen Milchbuch-Rechnung sieht jeder auf den ersten Blick, dass dies kein positives Resultat ergibt.

Einer der grössten Kostentreiber sind auch im Budget 2025 die Personalkosten. Im Gegensatz zum Budget 2024 steigen sie um erhebliche 2.9 Mio. Franken. Um diese Personalkosten einzuordnen, vergleichen wir die prozentuale Steigerung des Personalaufwands mit dem Bevölkerungswachstum der Stadt. Während die Bevölkerung von Wädenswil im 5-Jahres-Schnitt ca. 1 % wächst pro Jahr, steigen die Personalkosten der Stadt Wädenswil für das nächste Jahr um 4.6 %. Rechnen wir die Teuerung von 1.2 % minus, bleiben satte 3.4 % Kostensteigerung. Anders ausgedrückt sind dies pro Bürger/in Personalkosten von CHF 2'626.50 im Budget 2025.

Steigt man tiefer ins Budget, fällt auf, dass bei einigen Posten der Gürtel teils etwas enger geschnallt wurde. Insbesondere in Bezug auf Investitionen beim Strassenbau und -unterhalt. Trotzdem hat es meines Erachtens immer noch zu viel nicht dringende Investitionen darin, teils in Millionenhöhe. Zum anderen machen die Posten wie das Vorprojekt zum Wärmeverbund Gerberacher den Anschein, als könnte jede Abteilung eine Wunschliste zusammenstellen. Allein mit den Anträgen der GRPK würden nochmals 2 Mio. Franken eingespart werden. Und die Stellungnahme des Stadtrats zu diesen Anträgen zeigt teilweise auf, dass gewisse Ausgaben nicht nötig sind. So verzichtet der Stadtrat in mehreren Anträgen auf eine Stellungnahme. Vor allem bei den Investitionen wird teilweise immer noch mit der grossen Kelle angerührt. Als Beispiel nenne ich hier die 250'000 Franken im Budget für eine neue Feuerwehrezufahrt und Lehrerfahrradstände im Glärnisch. Hier stellen sich mir mehrere Fragen. Einerseits warum Lehrer eigene Fahrradstände benötigen und sich nicht diejenigen der Schüler/innen teilen können und andererseits der Betrag für die Zufahrt. Die 250'000 Franken sind fast 1 % des gesamten budgetierten Aufwands des Strassenunterhalts der gesamten Gemeinde.

Blicken wir nochmals an den Anfang dieser Legislatur. Da hat der Stadtrat eine Finanzstrategie erarbeitet und verabschiedet, die grundsätzlich eine solide Strategie zur Erreichung des obersten Ziels "Nettoschuldenabbau" aufzeigen soll. Doch es ist auch dieses Jahr nicht gelungen, das Ziel "Nettoverschuldung" zumindest minimal in Angriff zu nehmen. Leider ist das Gegenteil der Fall. Mit Geschäften wie einem Energieverbund Wädenswil oder der Verselbständigung der Frohmatt steigt die Nettoverschuldung massiv an. Auch wenn sie die Investitionen auf lange Sicht selber amortisieren sollten, vielleicht sogar weitere Erträge abwerfen, muss man unter dem Strich festhalten, dass der Stadtrat sein Legislaturziel klar verpasst hat.

Bei solch grossen Auslagen für Verselbständigungen wie im 2025 geplant sind, ist es umso wichtiger, sich zu hinterfragen, welche Investitionen wirklich getätigt werden müssen nebenbei. Mit Blick auf den Finanz- und Entwicklungsplan wird nochmals klar verdeutlicht, dass der Gürtel bei der Stadt vor allem bei den Investitionen nochmals klar enger geschnallt werden muss.

Mein Eindruck aus meinen ersten und meinem letzten Budgetprozess erhärtet sich leider, so dass die verabschiedete Finanzstrategie aus dem Jahr 2022 einfach nur ein Papier ohne grossen Wert ist. Aber im Gegensatz zu letzten Budgetsitzung gibt es einige gute Anträge, die das Sparpotential im Budget 2025 aufzeigen und genau den Ansatz verfolgt, sich zu fragen, wie prioritär gewisse Investitionen wirklich sind.

Erfreulich sind auch in diesem Budget wiederum die Prognosen der steigenden Steuererträge, die 2.7 Mio. Franken ausmachen. Dies zeigt, das Steuersubstrat in Wädenswil zeigt in die richtige Richtung, so, dass wir dem kantonalen Mittel immer näherkommen, was für den Ressourcenausgleich entscheidend ist. Darum folgen wir von der Mitte einstimmig den Empfehlungen der GRPK das Budget anzunehmen inkl. dem Antrag einer GRPK-Mehrheit einem gleichbleibenden Steuerfuss von 86 % zuzustimmen.

Marco Kronauer, SVP: Der Stadtrat schreibt in seiner Medienmitteilung, dass das strukturelle Defizit dank grossen Anstrengungen stabil bleibt. Leider bringt es der heutige Stadtrat nicht fertig, seine eigene Finanzstrategie einzuhalten. Diese besagt: "Ertrags- wie auch Ausgabenseitig sollten die Finanzen der Stadt Wädenswil verbessert werden, um das ständige strukturelle Defizit zu verbessern". Bereits im 2023 hat der Gemeinderat deshalb einen Schritt dazu gemacht und den Steuerfuss angehoben. Möchte man jedoch diese alljährliche Problematik weiter verbessern, müssten wir heute den Steuerfuss noch weiter anheben oder die Ausgaben in der Erfolgsrechnung müssen sinken.

Jedes Jahr sticht beim Budget der Stadt Wädenswil die steigenden Personalkosten ins Auge. Wie bereits die letzten Jahre bringt es der Stadtrat es nicht fertig, hier seine Vorgaben des FEP einzuhalten. Im FEP 2024 nennt der Stadtrat für das Jahr 2025 ein Personalwachstum von 2.5 %. Effektiv steigt der Personalaufwand jedoch wie schon mehrfach erwähnt um 4.6 %. Natürlich macht es hier auch keinen Sinn, im aktuellen FEP 2025 die Wachstumsrate beim Personal im 2026 und im Vergleich zum letzten Jahr von 2.5 % auf 3.15 % anzupassen. Das bringt am Ende nichts. Aufwandszunahmen in dieser Höhe sind immer noch mehr, als das alljährliche Bevölkerungswachstum von Wädenswil. Das heisst im Endeffekt, die Effizienz des Personals in der Stadt Wädenswil nimmt ab.

Um die Ausgabendisziplin zu schärfen hat die GRPK mit Anträgen Möglichkeiten aufgezeigt, mit welchen an verschiedenen Budgetpositionen Ausgaben verringert werden können. Dabei geht es bei Weiten nicht um einen Leistungsabbau, sondern viel mehr um Notwendigkeit von Investitionen oder um die Beibehaltung der Effizienz.

Noch eine kurze Bemerkung zum Schreiben des Stadtrats betreffend den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Anträge. Oftmals ist in der GRPK die Diskussion noch nicht soweit, als dass die Anträge bereits bei den Abteilungsbesuchen diskutiert werden können. Dies, weil die GRPK noch andere Geschäfte behandelt oder das Budget der OSW diskutieren muss. Und sofern die Anträge noch nicht final sind, werden sie generell von den Abteilungsleitenden oder auch vom Stadtrat abgelehnt. Man muss sich also sicher sein, welche Anträge eingebracht werden sollen, weil beim Stadtrat in der Tendenz der letzten Jahre eine ablehnende Haltung herrschte.

Clemens Schroedter, GLP: Ich möchte mich hier auf einige Punkte beschränken:

1. Personalkosten

Die Personalkosten steigen auch dieses Jahr wieder überproportional. Dies ist ein erneutes Warnzeichen, schon im letzten Budget wurde dies erkannt und moniert. Es wurde hier auch schon mehrfach erwähnt. Die Personalkosten steigen ins Uferlose. Die GLP ist der Meinung, es fehlt in den "Zentralen Diensten" am Willen die Personalkosten tatsächlich in den Griff zu

bekommen, stattdessen werden Probleme ausgesessen anstatt gelöst. Die Personalszufriedenheit ist nicht vom Lohn allein, sondern von vielen anderen Faktoren abhängig. So würde ein zeitgemässes Management sehr helfen, die Verwaltung zu reorganisieren und die intrinsische Motivation der Mitarbeitenden hoch zu halten bzw. höher zu bekommen, so dass nicht jedes Jahr wieder neue Mitarbeitende rekrutiert resp. Springer eingestellt werden müssen. Es darf nicht sein, dass wir dieses Jahr wieder verstreichen lassen ohne erkennbare Massnahmen für eine diesbezügliche Verbesserung zu ergreifen. Die GLP regt an, dass die GRPK sich dieses Jahr die Abteilung "Zentrale Dienste und Allgemeine Verwaltung" genauer anschaut.

2. Investitionskosten

Die Investitionskosten sind historisch hoch. Dies wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Allerdings konnte die GLP im Budget nicht erkennen, dass man unter Berücksichtigung dieser Tatsache herauschiebbare Investitionen nach hinten geschoben. Wir sind klar der Meinung, dass wir uns auf die wesentlichen, vom Souverän explizit bestellten Investitionen konzentrieren müssen.

3. Finanzstrategie

Dieses Jahr ist das letzte Jahr in welchem der Stadtrat hätte zeigen können, dass er es wirklich ernst meint mit seiner Finanzstrategie. Leider haben wir von der GLP das nicht im Budget gesehen, dies widerspiegelt sich unserer Meinung nach auch klar in der Menge der Anträge – es sind mehr als doppelt so viele wie letztes Jahr.

Nichts destotrotz empfiehlt die GLP das Budget mit den entsprechenden Anträgen anzunehmen.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Ist 2025 ein gutes Budget? Sicher nicht. Mit einem strukturellen Defizit von 6.5 Mio. Franken und steigenden Schulden, das kann nicht gut sein. Ist der Stadtrat zufrieden mit diesem Budget? Ja, er ist es. Dies überrascht vielleicht, aber ich möchte es gerne begründen.

Der Stadtrat hat in diesem Jahr einen neuen Prozess in der Budgeterstellung durchgeführt, der sehr effektiv war und auch Resultate gezeigt hat. Wir haben in zwei Phasen, zuerst auf der Verwaltungsseite und dann in einer zweiten Phase in mehreren Runden im Stadtrat das Budget 2025 bearbeitet. In der laufenden Rechnung haben wir je 1.4 Mio. Franken gestrichen in diesen zwei Runden und in der Investitionsrechnung je 6 Mio. Franken. Dies ergibt zusammen total 12 Mio. Franken. Das war möglich, da wir klar Prioritäten gesetzt und uns an der Finanzstrategie orientiert haben, die den Fokus auf das strukturelle Defizit legt. Wir haben uns zwei Ziele gesetzt:

1. Das strukturelle Defizit darf nicht steigen.
2. Die Investitionen des steuerfinanzierten Haushalts – ohne die selbstfinanzierten Grossprojekte – darf nicht mehr als netto 20 Mio. Franken bzw. brutto 25 Mio. Franken, sofern die nicht ausgeschöpften 20 % dazugerechnet werden – sein.

Wir haben an diesen beiden Zielen gearbeitet, bis wir sie erreicht haben. Nun kann man behaupten, dass die Ziele zu tief gesetzt wurden. Hier ist es sinnvoll, den Blick über die Grenzen von Wädenswil zu werfen. Was machen unsere Nachbargemeinden, wenn wir es so schlecht machen? In diesem Fall müssten sie rundherum besser sein als wir. Wenn wir die Beispiele von Horgen, Richterswil, Thalwil und Adliswil anschauen, ist ihr erwirtschafteter Cashflow halb so hoch wie in Wädenswil. Wenn wir die Differenz mit der Anzahl Einwohner/innen multiplizieren, dann sind wir um 10 Mio. Franken bessergestellt. Man kann mit Recht behaupten, dass es ein falscher Vergleich ist, da diese über mehr Reserven verfügen als wir und es sich teilweise um reiche Gemeinden handelt, was nicht ins Bild passt. Ziehen wir einen Vergleich mit unseren Vergleichsgemeinden mit über 20'000 Einwohner/innen, die sich im Ressourcenausgleich befinden und keine Grossstädte sind. Dies sind klar definierte Gemeinden wie beispielsweise Uster, Wetzikon, Bülach, Dübendorf, Schlieren und Dietikon. Mit diesen sechs Gemeinden vergleichen wir uns. Auch da kommen wir zum selben Ergebnis; der Cashflow beträgt die Hälfte von uns. Die Differenz beträgt 10 Mio. Franken. Nun kann der Vergleich hinsichtlich der Grundstückgewinnsteuer angezweifelt werden, da z.B. Schlieren nicht dieselben Grundstückgewinnsteuern hat wie Wädenswil. Wenn wir also die Grundstückgewinnsteuer weglassen, ist das Cashflow-Ergebnis nahezu identisch. Wir stehen immer noch minim besser da als die anderen Gemeinden. Wir müssen aber zusätzlich beachten, dass die Vergleichsgemeinden im Durchschnitt einen 9 % höheren Steuerfuss haben. Diese 9 % machen 9 Mio. Franken mehr Einnahmen aus. Damit kommen wir wiederum auf das bessere Ergebnis von 10 Mio. Franken gegenüber diesen Gemeinden. Somit erachten wir Zahlen nicht als so schlecht. Ich behaupte ganz klar, dass wir eine der wenigen Gemeinden sind, bei denen das strukturelle Defizit nicht gestiegen ist. Wir sind auch die einzige Gemeinde, die das strukturelle Defizit überhaupt ausweist. Hier handelt es sich um eine gute Kennzahl. Mindestens über eine gute Kennzahl verfügen wir, die sich als Führungskennzahl eignet und wir uns auch darüber geeinigt haben, dass sie gut ist. Wir sind also die Einzigen, bei welchen das strukturelle Defizit nicht steigt, dies sollte ebenfalls beachtet werden. Wir könnten etwas stolz sein darauf, aber es ist viel zu früh, um auf dieses Budget stolz zu sein. Da die Herausforderung darin besteht, das Budget einzuhalten. Das Budget ist in vielen Bereichen relativ eng geschnürt, und es geht darum, es in der Umsetzung auch effektiv einhalten zu können. Es bringt nichts, wenn wir das strukturelle Defizit im Budget nicht steigern, aber die Erfolgsrechnung um 2 Mio. Franken überziehen. Dann befinden wir uns wiederum auf dem alten Pfad. Der Schwerpunkt ist hier und ich kann sagen, es wird nicht einfach werden. Aber wir werden alles daran setzen.

Gerne möchte ich noch auf ein paar spezielle Posten eingehen:

1. Personalkosten

Es ist Tatsache, dass die Personalkosten nicht überproportional zum Bevölkerungswachstum steigen sollten. Und in vielen Abteilungen ist dies auch der Fall wie z.B. bei den Steuern. Bei 100 Einwohner/innen mehr braucht es keine zusätzliche Stelle. Mit mehr Effizienz und Digitalisierung können wir problemlos die steigende Einwohnerzahl mit der gleichen Anzahl Beamten gewähren. Dazu kommt der Mehraufwand bei den Grundstückgewinnsteuern. Denn viel Ertrag führt auch zu viel Aufwand. Aber auch diesen Aufwand können wir mit dem bisherigen Personal bewältigen. Das ist kein Problem.

Wir haben aber auch andere Abteilungen in unsere Stadt wie z.B. die Schule. Wenn wir nur den Ausbau der Betreuung betrachten, was hier immer wieder gefordert wird, sprechen wir

von einem enormen Wachstum von Stellen. Hier wachsen wir nicht nur mit den Schülern/innen, sondern auch das Betreuungsangebot nimmt überproportional zu zum Bevölkerungswachstum. Ebenfalls haben wir im Asylbereich ein gewaltiges Wachstum, was ich nicht im Detail darlegen möchte. Es ist daher logisch, dass wir hier ein Wachstum zusammen mit der Sozialabteilung verzeichnen, dass weit über dem Bevölkerungswachstum liegt. Dasselbe im Bereich Alter, usw.

Man muss die Personalkosten daher differenziert betrachten. Leider fehlen uns aktuell die Kennzahlen, mit welchen wir detailliert aufzeigen können, wo und warum wir in einzelnen Bereichen wachsen. Ich hoffe sehr, dass wir mit der neuen Software, welche wir aktuell installieren, verbesserte Grundlagen haben und später auch Ressourcen, um solche Vergleiche differenzierter aufzeigen und diskutieren zu können.

Was wir auch nicht unterschätzen dürfen, als ich als Stadtrat begonnen habe vor 2.5 Jahren, gab es einzelne Bereiche, die nicht professionell waren in der Stadt. Und zwar auf Verwaltungsseite in den Immobilien oder beim Personal. Wenn man professionalisieren möchte, heisst dies auch mehr Personal. Im Immobilienbereich sind wir ausserordentlich gewachsen, d.h. mehr als die Bevölkerungszunahme. Aber dies war auch bitter nötig, damit wir professionell geworden sind und uns keine Einnahmen entgehen, weil wir dies nicht sauber geführt haben. Oder wenn von uns bauseitig keine saubere Begleitung erfolgt ist und wir folglich wie beim Beispiel der Kreditabrechnung SH Steinacher, als es zu einer massiven Kostenüberschreitung gekommen ist, die nie bewilligt worden ist. Dies sind wichtige Aufgaben und diesbezüglich ist unsere Stadt nicht überbestückt, im Gegenteil. Es gibt Bereiche, die mussten auf durch Aufstockung professionalisieren, was zu Personalwachstum führte. Dazu stehen wir auch nach wie vor.

Zu den 16 Anträgen der GRPK. Wir im Stadtrat haben nichts dagegen, im Gegenteil. Wir erwarten Anträge aus dem Gemeinderat und könnten diese auch kommentieren oder nicht kommentieren. Was uns allerdings stört ist, dass Abteilungsbesuche stattfinden, in welchen Excel-Tabellen bearbeitet und geplaudert wird und anschliessend aus dem Nichts kommen 16 Anträge auf den Tisch. Nichts gegen die Anträge. Das Problem liegt darin, dass wir nun eine Mischung aus legitimen Anträgen, kontraproduktiven Anträgen und nicht sinnvollen Anträgen. Bei den legitimen Anträgen kann über Höhe, Zeitpunkt und Legitimität diskutiert werden. Bei den kontraproduktiven Anträgen werden die Folgekosten höher sein, sollte der Antrag angenommen und kurzfristig eingespart werden. Diese Kombination aus komischen, guten, unnötigen und kontraproduktiven Anträgen macht es schwierig. Aber der Zug fährt und wir können diese Anträge nicht mehr auf einer sauberen Grundlage bearbeiten wie es der Fall gewesen wäre, wenn sie bereits früher in den Abteilungsbesuchen vorgetragen worden wären.

Ich bin mit dem GRPK-Präsident einverstanden, dass wir auf das nächste Jahr diesen Prozess nochmals prüfen müssen und Wege finden müssen, dass wir dies besser umsetzen können. Wir möchten nicht, dass keine Anträge mehr gestellt werden, das ist nicht unsere Absicht. Wir möchten die Informationen geben, damit diese Anträge künftig fundierter sind.

Kennzahlen zur Kommunikation zwischen Gemeinderat und Stadtrat wie es erwähnt worden ist, bin ich ebenfalls der Meinung, dass wir diese verbessern können und ich bin froh, dass

dies aus der GRPK als Thema für nächstes Jahr definiert worden ist. Wir als Stadtrat sind diesbezüglich gerne bereit mitzuhelfen und zu unterstützen.

Dass Verbesserungen auf der Aufwandseite nicht stattgefunden haben sollen, muss ich widersprechen. Der Stadtrat hat im Jahr 2022 zum ersten Mal überhaupt eine Finanzstrategie aufgelegt. Er hat klare Richtlinien gesetzt und haltet sich an diese. Aber wir können uns den Realitäten nicht entziehen und das strukturelle Defizit steigt im ganzen Kanton Zürich.

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper weist darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen ist.)

Dies ist nicht, weil wir es nicht im Griff haben, sondern weil es Gegebenheiten sind. Ich möchte hier nicht weiter ins Detail gehen. In diesem Sinne beantrage ich im Namen des Stadtrats das Budget anzunehmen und den Steuerfuss im bisherigen Mass von 86 % zu genehmigen.

Kostenstelle Behörden (Konto 0-091 bzw. S. 72-75)

Beat Lüthi FDP: André Zürrer und ich haben die Abteilung Behörden, die für BU24 erstmals aus dem Präsidialen abgespalten wurde, am 7. November besucht. Wir danken Philipp Kutter und Esther Ramirez für die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen.

Darüber hinaus betrachte ich die Ausführungen der GRPK zu dieser Abteilung als «gelesen» und habe im Sinne einer effizienten Abwicklung der heutigen Sitzung den dortigen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Antrag der GRPK

Kostenstelle 0, Behörden (Schulpflege), Konto 025.3000.00, Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 33'000 gekürzt.

Alt: CHF 140'696

Neu: CHF 107'696

Begründung des Antrags

Roman Hermann, FDP: Nachdem bereits im Budget 24 eine Erhöhung der Entschädigung der Schulpflege um 30 % vorgenommen wurde, erschliesst sich der GRPK nicht, wieso bei unveränderter Anzahl der Behördenmitglieder im Budget 25 nochmals eine Erhöhung um 30 % gewährt werden soll. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für eine Beibehaltung der Entschädigung auf dem Niveau des laufenden Jahres.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich verzichte.

Schulpräsident Pierre Rappazzo: Zur Schulpflege. Die Gesamtposition der Schulpflege entspricht dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Von diesem Aspekt kann ich den Kürzungsantrag der GRPK nicht einordnen. Besonders, da ich mehrfach mitgeteilt habe – da wundert es mich, dass es nicht angekommen ist – dass die Behördenentschädigung in der Rechnung 2023 und dem Budget 2024 tief war, weil ein Teil der Sitzungsgelder nicht verbucht und nicht abgerechnet wurden. Wenn wir diese Jahre korrekt vergleichen, haben sich die Behördenentschädigungen wenig verändert. Zudem richtet sich die Entschädigung nach dem Personal- und Besoldungsstatut (PBS) und ist demzufolge – auch wenn es nicht gerne gehört ist – gebunden. Die Schulpflege bekommt wie auch die Gemeinderäte in der ersten Stunde 30 Franken und in der zweiten Stunde 20 Franken zusätzlich als Sitzungsentschädigung. Ich hoffe schwer, dass der Gemeinderat das Engagement der Schulpflege hier nicht tadeln möchte. Alles was die Schulpflege im Milizsystem für die Verwaltung übernimmt ist wichtig für die Schweizerische Demokratie und spart notabene Kosten. Ich empfehle daher, den Kürzungsantrag abzulehnen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 19 Stimmen zu.

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Neu sind die Zentralen Dienste und die allgemeine Verwaltung aus der Abteilung Präsidiales herausgelöst.

Zu Kostenstelle Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung (Konto 1-113 bzw. S. 75-79)

Beat Lüthi, FDP: André Zürcher und ich haben die Abteilung Zentrale Dienste und allgemeine Verwaltung am 7. November besucht. Wir danken Philipp Kutter und Esther Ramirez für die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen.

Wie von Nicolas ausgeführt, die Zentralen Dienste und die allgemeine Verwaltung werden per BU25 aus der Abteilung «Präsidiales» ausgegliedert und die Vorjahreszahlen sind weitgehend, aber nicht vollständig angepasst. Dies trifft auch auf die Abteilung Präsidiales zu. In dieser Abteilung zusammengefasst werden die zentralen Dienste und allgemeine Verwaltung im engeren Sinne inkl. Querschnittsfunktionen wie Informatik, welche von der Stadtschreiberin geführt werden. Ihr Stellvertreter führt die Abteilung «Präsidiales».

Darüber hinaus betrachte ich die Ausführungen der GRPK zum Bericht & Antrag BU25 als «gelesen» und habe im Sinne einer effizienten Abwicklung der heutigen Sitzung den dortigen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Keine Bemerkungen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine Anträge.)

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Nun kommen wir zu den einzelnen Hauptaufgabenbereichen.

Kostenstelle Präsidiales (Konto 2-291 bzw. S. 79-86)

Beat Lüthi, FDP: André Zürcher und ich haben die Abteilung Präsidiales ebenfalls am 7. November besucht. Wir danken Philipp Kutter und Esther Ramirez für die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen.

In der «neuen» Abteilung Präsidiales, also nach Abspaltung der Abteilung Zentrale Dienste und allg. Verwaltung, sind insbesondere die Abteilungsleitung Präsidiales, Präsidialsekretariat, Einwohnerdienste, Zivilstandswesen, Bestattungswesen, Stadtbibliothek, Stadtamman- und Betreibungsamt, Kultur/Beiträge zusammengefasst. Gegenüber Budget 2024 (adjustiert um diese Aufsplittung) ist im Budget 2025 der Aufwand um CHF 0.9 Mio. und der Ertrag um CHF 0.2 Mio. höher, d. h. im Nettoergebnis ist eine "Verschlechterung" um CHF 0.8 Mio. auf -CHF 2.6 Mio. geplant. Diese Verschlechterung ist in diesem Fall aber zur Hauptsache auf eine offenbar etwas ungenaue Anpassung der Vorjahreszahlen im Rahmen der Aufspaltung der vorherigen Abteilung Präsidiales in die beiden neuen Abteilungen zurückzuführen.

Die GRPK nimmt mit Befremden zur Kenntnis, dass der Kanton und in Teilen auch der Bund in immer mehr Bereiche «dreinschwätzt», meist mit dem Resultat, dass sich der Nettoaufwand von den entsprechenden Funktionen verschlechtert, mit jeweils sehr eingeschränkten Einflussmöglichkeiten der Stadt, das zu drehen. So ist es insbesondere im Stadtamman- und Betreibungsamt ein Thema. Da wir beschränkte Einflussmöglichkeiten haben und seit diesen weiteren Bestimmungen verschlechtern sich diese Ergebnisse signifikant. Es ist noch nicht schlimm aber solche Bereiche sollten meiner Meinung nach mind. Selbsttragend sein und das ist nicht mehr erfüllt.

Darüber hinaus betrachte ich die Ausführungen der GRPK zum BU25 dieser Abteilung als «gelesen» und habe im Sinne einer effizienten Abwicklung nichts hinzuzufügen.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich verzichte. Danke Beat für die guten Ausführungen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine Anträge.)

Kostenstelle Finanzen (Konto 3-323 bzw. S. 86-100)

Globalbudget Finanzen: Immobilien (S. 92-97)

Simon Bass, Die Mitte: Am 6. November 2024 haben Ueli Reiter und ich die Abteilung Finanzen besucht und haben die Fragen von der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission diskutiert. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit mit der Abteilung, Christof Wolfer, Stefan Müller und Frank Seboldt.

Finanzen ohne Immobilien

Zahlen von der Abteilung Finanzen zeigen gut, dass sich das Budget 25 gegenüber dem Budget 24 wieder normalisiert hat. Der für 2025 budgetierte Ertrag der Abteilung Finanzen und Immobilien liegt bei CHF 140.3 Mio. und somit rund CHF 20 Mio. tiefer als im Budget 24. Der erwartete Aufwand fällt mit CHF 24.2 Mio. um CHF 2.0 Mio. höher aus als im Budget 24. Daraus resultiert ein gegenüber Budget 24 um CHF 21.3 Mio. tieferer Nettoertrag von CHF 116.1 Mio. Somit sinkt der erwartete Nettoertrag auf das Niveau der Rechnung 2023. Durch das letztjährige ausserordentliche Budget mit besonders hohen Grundstücksteuereinnahmen lässt sich die Abteilung Finanzen im diesjährigen Budget nur schwer vergleichen. So sind die Grundstücksteuereinnahmen für das Budget normalisiert worden und belaufen sich auf CHF 20.0 Mio. Ebenso sind Zinsen im Budget der Abteilung Finanzen normalisiert worden. Dies hat einen Einfluss auf Aufwand und Ertrag. Durch die erfreuliche Annäherung an das kantonale relative Steuermittel geht der erwartete Ertrag aus dem Ressourcenausgleich ebenfalls um CHF 1.0 Mio. zurück.

Beim Personal wird abteilungsübergreifend 4.15 Vollzeiteinheiten mehr budgetiert gegenüber Budget 24. Bei der Dienststelle Immobilien wird für das kommende Jahr zwei neue Stellen geschaffen, aufgrund des Flächenzuwachses in den SA Ort budgetiert im Bereich der Hauswartungen. Weitere zwei Stellen lösen ausgelagerte und teure Dienstleistungen im Betriebsunterhalt von Finanz- und Verwaltungsliegenschaften ausserhalb des Schulbereichs ab. Die im Budget 24 bewilligte Stelle "Leiter Stv. Immobilien" steht in diesem Budget zu 100 % zu Buche und 1.1 Vollzeitstellen sind bis Ende 2026 befristet und sollen danach reduziert werden. Das führt zu höheren budgetierten Lohnkosten in der ganzen Abteilung.

Immobilien

Die entspannte Situation auf dem Energiemarkt führt zu einem tiefer budgetierten Aufwand bei den Immobilien im Finanzvermögen sowie im Verwaltungsvermögen. So wird bei den Immobilien im FV bei der Ver- und Entsorgung CHF 150'000 und bei den Immobilien im VV gar CHF 1.3 Mio. weniger budgetiert.

Der Digitalisierungsprozess bei den Immobilien schreitet weiter voran. Mit der Software Campos konnten bisher 50 % der Liegenschaften erfasst werden. Die weiteren 50 % sollen in den nächsten zwei Jahren folgen, sodass bis Ende 2026 der Digitalisierungsprozess kann abgeschlossen werden. Zudem soll ab 1.1.25 die neue Gemeindesoftware zum Einsatz kommen. Der Migrations-Prozess ist bisher aber leider noch nicht so gelaufen, wie man sich das ursprünglich vorgestellt hat. Das unter anderem auf Grund von fehlenden Spezifikationen von beiden Seiten. So startet man per neues Jahr mal mit einer abgespeckten Version als erwartet.

Antrag der GRPK

Kostenstelle Finanzen, Konto 0321, Immobilien im Finanzvermögen (Globalkredit)

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das FLAG-Ziel «Vollständige Vermietung» ist aufzuheben.

Begründung des Antrags

Beat Lüthi, FDP: Die GRPK steht einstimmig hinter diesem Antrag. Ich habe aus Rücksicht zur fortgeschrittenen Zeit nichts mehr hinzuzufügen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag der GRPK

Kostenstelle Finanzen, Konto 0321, Immobilien im Finanzvermögen (Globalkredit)

Die einstimmige GRPK beantragt, das folgende Ziel soll neu gesetzt werden:

Aufgabe: Schaffung von Transparenz

Massnahmen: Bereitstellung eines Liegenschaften- und Grundstückspiegels mit den relevanten Kennzahlen, insbesondere Adresse, Grundstücksgrosse, Nutzfläche, Nutzungsart, Art der Vermietung (extern/intern) Bilanzwert, Bruttorendite

Begründung des Antrags

Beat Lüthi, FDP: Die einstimmige GRPK geht davon aus, dass im Finanzvermögen durchaus noch Potential zur Verbesserung der Rechnung der Stadt schlummert. Ob das wirklich so ist, und wie es allenfalls gehoben werden kann, dieses Potential ist auf der Basis der heutigen Datenlage für die GRPK nicht zu eruieren. Wir wünschen daher die Bereitstellung und regelmässige Aktualisierung eines Liegenschaften- und Grundstückspiegels. All diese Informationen benötigt auch die Stadt für das Management ihres Grundbesitzes. Wir verlangen also keine zusätzliche Bürokratie, nur ein geeignetes Informationssystem, das dann in konzentrierter Form auch GRPK / GR zur Verfügung stehen soll.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Der Antrag ist in unserem Sinn und wir unterstützen ihn.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag der GRPK

Kostenstelle Finanzen, Konto 323.3010.00, Schulliegenschaften, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das Budget auf dem genannten Konto wird um CHF 60'000 gekürzt.

Alt: CHF 2'491'740

Neu: CHF 2'431'740

Begründung des Antrags

Marco Kronauer SVP: Für 2025 werden im Bereich Schulliegenschaften zwei neue Stellen vom Stadtrat beantragt und aus Sicht der GRPK war nicht nachvollziehbar, ob diese beiden Stellen wirklich gleich zu Beginn des neuen Jahres nötig sind. In diesem Sinne haben wir die Kürzung um CHF 60'000 beantragt, da die neuen Stellen nicht für das ganze Jahr benötigt und daher auch nicht vollumfänglich zu budgetieren sind.

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Das ist jetzt genau einer dieser Anträge, welche wir letztes Jahr diskutiert haben. Wir haben die Antwort des Stadtrates zu diesem Antrag. Ich denke hier müssen wir nächstes Jahr Klarheit schaffen zu welchen Spielregeln wir unterwegs sind. Und in diesem Sinne mein Votum, dies zu berücksichtigen.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Ich möchte Ihnen schildern, wie wir vorgehen in solch einem Fall. Das Schulhaus Ort wird Mitte Jahr fertiggestellt bzw. spätestens im Herbst. Aufgrund der Flächen haben wir Erfahrungszahlen wie viele Stellen es benötigt. Das sind nicht nur ausgebildete Hausabwarte, sondern auch Reinigungspersonal etc. Dabei kommen wir auf drei Stellen. Wir haben uns zwei Stellen bewilligen lassen im Sinne einer ersten Erfahrung wie es läuft. Zudem haben wir den klaren Auftrag gegeben, mal mit einer Stelle zu beginnen und zu prüfen, ob wir wirklich mehr benötigen. Zudem sollen Alternativen geprüft werden wie z.B. Putzroboter zur Reinigung der Turnhalle. IN diesem Sinne werden wir so oder so mit einer Stelle starten und anschliessend beurteilen, ob die zweite, bewilligte Stelle auch effektiv besetzt werden muss.

Peter Huber, SP: Nachdem ich den Kürzungsantrag genauer analysiert habe und die Antwort des Stadtrats eingesehen habe, bin ich zum Schluss gekommen, dass diese Stelle durchaus Sinn macht.

Aus der Weisung 24 vom April 2021 geht hervor, dass unter dem Titel "Folgekosten" bereits die Bewilligung für eine Stellenerhöhung im Bereich Hauswartung und Reinigung ausgewiesen wurde. Im Februar 2022 hat das Stimmvolk dem Ausbau der Schulanlage Ort zugestimmt.

Der Neubau führt zu einer zusätzlichen Fläche von 2.250 m², was einem zusätzlichen jährlichen Aufwand von rund CHF 100.000 entspricht. Diese zusätzlichen Quadratmeter müssen vernünftigerweise gereinigt und gewartet werden und für mich ist der Nachweis der Notwendigkeit für diese zusätzliche Hauswartstelle aus diesem Grund erbracht.

Aus diesem Grund habe ich meine Meinung geändert und kann den Kürzungsantrag nicht mehr unterstützen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Kostenstelle Planen und Bauen (Konto 4-461 bzw. S. 100-115)

Globalbudgets Planen und Bauen:
Vermessung und GIS (S. 103-105)
Strassenwesen (Konto 431 bzw. S. 105-108)
Öffentliche Grünanlagen (Konto 432 bzw. S. 108-109)
Friedhofbetrieb (Konto 433 bzw. S. 110-111);
Kanäle und Kläranlage (Konto 434 bzw. S. 111-114);
Öffentlicher Verkehr (Konto 46-461 bzw. S. 114-115)

Simon Bass, Die Mitte: Am 5. November 2024 habe ich den Abteilungsbesuch bei der Abteilung Planen Bauen durchgeführt. Ich möchte an dieser Stelle der Stadträtin Astrid Furrer und dem neuen Abteilungsleiter Dirk Göbbels für die ausführliche und kompetente Beantwortung unserer Fragen danken. Vor allem die Zusammenarbeit mit Dirk gilt es in diesem Jahr besonders hervorzuheben. Wir haben unkompliziert und direkt kommunizieren können, was ich als besonders positiv empfunden habe.

Der budgetierte Nettoaufwand in der Abteilung Planen und Bauen liegt im Jahr 2025 um rund CHF 0.4 Mio. höher als im Jahr 2024. Während der Aufwand für die Abteilung in der gleichen Grössenordnung budgetiert wird, sinkt der erwartete Ertrag um CHF 0.3 Mio. Das ist auf eine konservativere Budgetierung bei den Baubewilligungen zurückzuführen. Aufgrund von personellen Wechseln und dem damit verbundenen Knowhow-Transfer wird erwartet, dass weniger Baubewilligungen bearbeitet werden können.

Der Globalkredit Strassenwesen bleibt gegenüber dem Budget 24 stabil. Sowohl im Aufwand wie im Ertrag, konnten die Zählen minim verbessert werden. Bei den öffentlichen Grünanlagen steigt der Nettoaufwand um CHF 0.24 Mio. gegenüber dem Budget 24. Dies ist auf höhere Löhne und weniger interne Verrechnungen zurückzuführen. Auch hier wird dies mit personellen Wechseln und dem Knowhow-Transfer begründet. Weiter soll in dieser

Dienststelle das Personalkontingent im Jahr 2025 voll ausgeschöpft werden, was wiederum zu den höheren budgetierten Lohnkosten führt.

Im Globalkredit Abwasseranlagen (Kanäle und Kläranlagen) haben für das Jahr 2025 wieder bessere Strompreise ausgehandelt werden können. So können Einsparungen im Konto Ver- und Entsorgungen um CHF 0.2 Mio. gemacht werden. Zusätzlich sinken die Abschreibungen um CHF 0.1 Mio. Zusammen mit den sinkenden kalkulatorischen Zinsen soll die Spezialfinanzierung zugunsten der neuen ARA Rietliu um CHF 0.35 Mio. aufgestockt werden.

Für den Wärmeverbund Rietliu wird im Budget 25 wieder ein Nettoertrag von CHF 0.03 Mio. budgetiert. Das nachdem der Wärmeverbund im Budget 24 als auch in der Rechnung 23 mit roten Zahlen operiert hat. Ein Grossteil der veralteten Dienstleistungsvertretung mit den Wärmeabnehmenden konnten auf Druck der GRPK durch einen aktuellen Vertrag erneuert werden. Weitere Vertragsanpassungen sind auf das jeweils erstmögliche Kündigungsdatum geplant. Dies führt zum positiven Ergebnis im Budget 2025.

Im Globalkredit öffentlicher Verkehr gehen die Beträge an ZVV und Kanton insgesamt minimal zurück. Der Betrag an den ZVV verringert sich um CHF 0.1 Mio. auf CHF 2.35 Mio. Der Beitrag an den Kanton erhöht sich allerdings um CHF 0.04 Mio. aufgrund eines Spezialkredits des Kantons an den ZVV, der auch teilweise durch die Gemeinde gedeckt wird.

Damit wir von der GRPK besseren Einblick in den Globalkredit öffentlichen Verkehr bekommen, haben wir bereits einen Termin mit der Abteilung Planen Bauen vereinbart, wo wir das Thema intensiver behandeln können.

Antrag der GRPK

Kostenstelle Planen und Bauen, Konto 432, Öffentliche Grünanlagen (Globalkredit)

*Die einstimmige GRPK beantragt:
Der Nettoaufwand wird um CHF 100'000 reduziert.*

*Aufwand Alt: CHF 781'000
Aufwand Neu: CHF 681'000*

Begründung des Antrags

Roman Hermann, FDP: Die einstimmige GRPK vertritt die Meinung, dass es keine objektiven Gründe gibt, wieso eine Aufwandsteigerung um 44 % gegenüber dem Budget 24 notwendig ist. Mit der Kürzung um CHF 100'000 beträgt die Erhöhung immer noch 20 % gegenüber dem laufenden Jahresbudget, was ausreichen muss, um den Leistungsauftrag zu erfüllen.

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Ich möchte den Mehraufwand hier erläutern. Man muss das Budget gut trennen. Vorher im Buch waren die Details aufgeführt und der Effekt war ersichtlich. Und ein Teil ist auch in den FLAG-Zielen erklärt.

Die Diskrepanz von 240'000 im Vergleich zum Budget 24 kommen aus zwei Effekten:

1. Dieser Punkt ist im Globalbudget erläutert. Wir hatten vakante Stellen, die wir nun besetzen konnten zum neuen Budget hin. Die Gesamtstellenzahl wurde daher voll budgetiert, das war bisher nicht so und ebenfalls auch in der Rechnung 23 nicht ersichtlich. Es ist keine Stellenerhöhung, sondern eine Stellenbesetzung, die uns bisher gefehlt hat. Dies bedeutet, es geht um Lohnkosten von CHF 110'000. Dazu kommen die Sozialleistungen d.h. zusammen macht die Vollbesetzung CHF 135'000 aus. Darum der höhere Aufwand.
2. Was auch noch zu Buche schlägt ist, dass der Nettoaufwand höher ist. Dies können Sie den Details entnehmen. Dazu wurden bei den Rückvergütungen CHF 80'000 weniger budgetiert. Dies kann sich noch ändern, und es werden mehr als die CHF 80'000, so dass sich der Nettoaufwand noch verbessern wird. Zusammen macht dies CHF 215'000 aus, womit die Differenz zu 240'000 mehr erklärt ist. Der Rest ist Teuerung.

Was ich damit sagen möchte, wenn hier gekürzt wird, wird an der Pflege der Grünflächen gekürzt, weil der Sachaufwand bzw. die Pflege der Grünflächen bleibt genau gleich. Diesbezüglich haben wir keine Aufwandsteigerung. Wir müssten also konkret beim Aufwand sparen wie z.B. weniger Spatenrasen machen oder sonst Grünflächen, die sich im Stadtgebiet befinden. Was dies bedeutet, haben Sie gesehen. Ich weiss nicht mehr welches Jahr, als die Grünflächen um einen grösseren Betrag radikal gekürzt wurden und folglich Grünflächen durch Schotter oder Asphalt ersetzt, was die Bevölkerung entsprechend geliebt hat. Darum ist der Stadtrat gegen den Kürzungsantrag.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Kostenstelle Werke (Konto 5-551 bzw. S. 115-131)

Globalbudgets Werke:

Gasversorgung und Wärme (Konto 51-514 bzw. S. 118-124)

Wasserversorgung (Konto 52 bzw. S. 124-126)

Entsorgung / Recycling (Konto 53 bzw. S. 126-129)

Mobilität (Konto 54 bzw. S. 129-130)

Energie und Umwelt (Konto 55 bzw. S. 130-131)

Clemens Schroedter, GLP: Am 6. November waren Roman Herrmann und ich bei den Werken. Wir haben Jonas Erni, Rolf Baumbach und Martin Straub da getroffen. Ich gehe davon aus, dass der Bericht gelesen wurde deshalb möchte ich nur ein paar Sachen betonen. Die Personalkosten steigen gegenüber der Rechnung 2023 um 7 %. Die Lohnanpassungen betragen 2 %. Der Rest gründet in neuen Mitarbeitenden, die für das Projekt der EVW AG benötigt werden. Diese Kosten werden dem Energieverbund weiterverrechnet. Das Konzept vom EVW AG sieht vor, dass in der Gesellschaft selbst keine Personen angestellt werden.

Betrieben wird sie durch die Werke der Stadt Wädenswil und E360. Die Kosten werden mittels Service Level Agreement an die EVW AG verrechnet.

Schlussendlich bekamen wir am Ende eine Vorschau auf die sogenannte Matchmaking-Plattform. Die Matchmaking-Plattform soll ermöglichen, gute Dächer für PV-Anlagen zu identifizieren und interessierten Installateure mit den Eigentümern zusammenzubringen. Hierdurch erhofft man sich mehr PV-Anlagen an sinnvollen Lagen zu fördern. Eine vergleichbare Plattform, welche Hauseigentümer und Installationswillige auf solch eine Art zusammenführt, sei unbekannt. Diese Plattform ist das Resultat aus einem Postulat PV-Contracting der SP/EVP-Fraktion, in welchem sich der Stadtrat klar gegen ein Engagement der Stadt als Contractor ausgesprochen hat. Hingegen wollte der Stadtrat als Pilotprojekt die Matchmaking-Plattform für private Hausbesitzer und Solateure als Sensibilisierung ins Leben rufen; ob dies im Sinne des Original-Postulats ist, müssen die Original-Postulanten beantworten.

Antrag der GRPK

FLAG-Ziel 51 Gasversorgung und Wärme

Die einstimmige GRPK beantragt:

In den FLAG-Zielen von 51 Gasversorgung und Wärme soll die Aufgabe "Entwicklung Wärmeverbund Gerberacher" gestrichen werden.

Begründung des Antrags

Simon Bass, Die Mitte: Es gibt zwei Anträge, zum einen geht es um das FLAG-Ziel und beim anderen um die Investition. Diese Anträge hängen zusammen.

Wir sind in der GRPK einstimmig der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Stadt Wädenswil ist, nochmals einen zusätzlichen Wärmeverbund ins Leben zu rufen, wenn wir aktuell dabei sind einen Grossteil der bestehenden Wärmeverbunde in einen Energieverbund Wädenswil zu überführen. Aus unserer Sicht wäre das denn die Aufgabe des Energieverbunds. Wenn wir den Perimeter anschauen, sehen wir, dass auf gleicher Höhe eigentlich bereits ein Teil mitgeplant ist im jetzigen Energiewärmeverbund. Dort gibt es ein Planungsgebiet. Das ist ungefähr auf gleicher Höhe wie das Gerberacher. Deshalb erschliesst sich uns nicht, weshalb wir hier nochmals ein eigener Wärmeverbund ins Leben gerufen werden soll.

Clemens Schroedter, GLP: Die GLP ist prinzipiell für einen klimaneutralen Wärmeverbund im Gerberacher. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob es sinnvoll ist parallel zur Projektierungsphase zum Energieverbund diese Machbarkeitsstudie zu machen. Weiter würden wir schätzen, dass es ein Energieverbund gibt und nicht mehrere davon. Es ist ja nicht zwingend, dass der Energieverbund das Gerberacher-Gebiet mit Seewärme versorgen muss. Dies lässt sich auch anderweitig machen. Deshalb stellt die GLP den Antrag die Machbarkeitsstudie nach hinten zu verschieben und dies mit dem Energieverbund zusammen anzuschauen

Stadtrat Werke Jonas Erni: Erlauben Sie mir einleitend ein paar Ausführungen zur Zusammenarbeit zwischen der GRPK und Stadtrat bzw. hier im speziellen mit den Werken zu machen. Und zwar Kapitel eins war der Besuch bei den Abteilungen. Das war ein guter Austausch mit den zuständigen GRPK-Mitgliedern. Wir haben die gestellten Fragen und das waren viel Fragen, rechtzeitig und ausführlich beantwortet. Kapitel zwei ist, als wir die Anträge der GRPK auf dem Tisch hatten. Und hier hat es mir "den Nuggi rausgehauen". Wir konnten keine Stellung beziehen zu diesen Anträgen und es kam uns vor, als wären sie im letzten Moment in der GRPK auf den Tisch geschmissen worden wie ein Fehdehandschuh. Und das fördert natürlich nicht die Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und dem Parlament. Wir hätten gerne Stellung dazu bezogen. So muss ich es heute machen und ich bitte Sie, die Argumente entsprechend zu berücksichtigen. Dies ist der eine Punkt. Und der zweite Punkt betrifft den Budgetprozess mit dem Globalbudget sowie Ziel und Indikatoren. Das Thema hatten wir schon oft. Und allen, die es nicht mehr präsent haben, empfehle ich das GRPK-Postulat von 2010, wo flächendeckend MPM empfohlen hat. Man muss verstehen und das ist seit ich dabei bin im politischen Leben von Wädenswil – ich war auch mal Mitglied der GRPK – üblich, dass entweder auf Einzelkonten Anträge gestellt werden, wenn sich nicht um Bereiche mit Globalbudget handelt. Oder es wurde ein Antrag gestellt zum gesamten Globalkredit. Dafür hatte man die Möglichkeit in denen Bereichen über die Steuerung mit Ziel und Indikatoren. Es wäre ein komplett neues Verständnis von der Zusammenarbeit von den politischen Prozessen, wenn jetzt Einzelanträge in den Bereichen mit Globalbudget gestellt werden. Dies ist durchaus verwirrend. Zum inhaltlichen komme ich in den einzelnen Anträgen nun noch konkreter. Aber ich muss schon sagen, bei den meisten – und ich komme später nochmals darauf zurück – kann man mit dem Stempel versehen: "unnötig", "kontraproduktiv" und "schädlich". Sogar finanziell. Und ich erläutere gerne, warum.

Wir beginnen mit dem ersten Antrag, der gerade eben erläutert wurde. Wärmeverbund Gerberacher. Wir haben hier ein Sonderfall. Es liegt nicht im Perimeter des Seewasser-Wärmeverbunds, weil es zu weit entfernt liegt. Wir müssen hier dringend vorwärts planen. Es geht nicht anders. Wir haben dort einen uralten Gaskessel und einen noch viel älteren Ölkessel. Wir haben uns dabei auf den Standpunkt gestellt, dass wir sie nicht proaktiv ersetzen möchten. Dies wäre herausgeschmissenes Geld. Wir müssen jedoch vorwärts planen. Wir haben verschiedene Studien gemacht und es ist schwierig, weil es im Grundwassergebiet liegt. Wir können dort keine Erdsonde machen. Wir sind deshalb zum Entschluss gekommen, dass Holzschnitzel das richtige ist. Für dies müssen wir dringend weiterplanen. Es gilt das gleiche wie beim anderen Wärmeverbund-Parameter. Die Leute sind jetzt daran, ihre Heizungen zu ersetzen und wir möchten möglichst viele einbinden. Zudem brauchen wir dringend eine eigene Lösung für das Schulhaus Gerberacher. Dieses ist riesig, es wird fossil beheizt und ist schlecht isoliert. Selbstverständlich möchten wir auch da einen Wärmeverbund anbieten und er wird vollumfänglich weiterverrechnet an die neu zu gründende Wärmeverbund AG, d.h. sobald das Volk darüber befunden hat. Dies bedeutet, dass es ein Null-Summen-Spiel ist. Aber wir müssen jetzt planen. Wenn wir es nicht machen, dann schliessen umso mehr der Privaten, die sich im Perimeter befinden und ebenfalls interessiert wären, Einzellösungen ab und reihen sich nicht bei uns ein. Das wäre nicht gut und verursacht Mehrkosten.

Eine Verzögerung bei der Planung und Entscheidungsgrundlagen ist, wie eingehend ausgeführt, schlecht für alle Interessenten und für die Stadt. Die eigenständigen Lösungen, die geplant werden und gleichzeitig ein Bauverbot besteht, sind auch teurer für die Privaten, nicht

nur für uns. Die Energiedichte im Gebiet sinkt und gefährdet wegen der fehlenden Wirtschaftlichkeit auch die Realisierung des Verbundes. Dies bedeutet, dass wir uns ins eigene Bein schiessen.

Auch bereits getätigte Investitionen, und das waren erhebliche, da wir die Planung machen mussten. Was ist überhaupt möglich dort. Diese Investitionen wären verloren, wenn wir nicht weiterarbeiten. Und dies wiederum nicht weiterverrechnen an die Wärmeverbund AG. Die wie bereits erwähnt nicht mit Seewärme heizen kann, sondern diesen übernehmen müsste. Und natürlich müsste der Verbund die Kosten durch Gebühren finanzieren.

Entsprechend empfiehlt der Stadtrat den Antrag dringend abzulehnen aufgrund der vorangegangenen Ausführungen. Zu den anderen Anträgen äussere ich mich gerne später noch.

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich möchte gern auf zwei Dinge reagieren. Bezüglich der Diskussion zum FLAG-Ziel. 2010 ist fast 15 Jahre her. Wir müssen uns weiterentwickeln. Dies haben wir in der GRPK auch im Zusammenhang mit der Frohmatt diskutiert. Wir müssen auf die FLAG-Ziele reagieren, wenn wir sagen, dass es unser Ziel ist uns weiterzuentwickeln in Richtung Globalbudget in allen Abteilungen. Wir müssen uns weiterentwickeln auf den Kennzahlen und Zielen. Diesbezüglich brauchen wir die Möglichkeit, sowohl auf den FLAG-Zielen wie auch auf den Kennzahlen reagieren zu können.

Der zweite Punkt – es wurde erwähnt – das Schulhaus Gerberacher verfügt über eine ganz schlechte Wärmeeffizienz. Wir können heute den Wärmeverbund planen und sanieren morgen ein Schulhaus. Danach besitzen wir einen Bruchteil des Wärmebedarfs in der Schule. Und dies ist wiederum ein Punkt, um zu sagen, dass wir die Investition nicht in diesem Jahr tätigen. Wir sind grundsätzlich mit einem Wärmeverbund einverstanden, aber es benötigt auch die Gesamtschau. Und für die Gesamtschau brauchen wir die Liegenschaftenstrategie, wir müssen wissen, wann wir ein Schulhaus Gerberacher sanieren und wie. Und in diesem Zusammenhang müssen wir den Wärmeverbund in die richtige Grösse dimensionieren. Es sind wahrscheinlich viele Fehler passiert in der Vergangenheit, die können wir aber nicht retten indem wir machen den Wärmeverbund heute in einer Grösse, in der wir ihn wahrscheinlich in zwei Jahren nicht mehr benötigen. Deshalb brauchen wir hier zwingend die Gesamtschau und ich denke es ist der richtige Weg, wenn wir dies zusammen betrachten mit dem Wärmeverbundausbau und können es später auf einer sauberen Grundlage planen.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Die Weiterentwicklung von Ziel und Indikatoren ist richtig. Aber dann bitte in diesem Bereich ein Antrag zum Globalbudget und nicht auf einzelne Konten. So ist das Verständnis bisher gewesen und noch zum Wärmeverbund; es geht darum, dass der Gemeinderat entscheiden muss wie wichtig ihm die energetische Sanierung, wie wichtig ist ihm die Dekarbonisierung. Wie wichtig ist dem Gemeinderat auch, dass wir als Energie-Stadt Gold vorwärtsmachen. Ist uns das wichtig oder sind wir auch bereit, die Fossilen länger zu betreiben und die zusätzlichen Emissionen und Kosten in Kauf zu nehmen.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Kleine Ergänzung zum Schulhaus Gerberacher. Erstens dieses Schulhaus wird noch lange nicht saniert. Diesbezüglich würde ich mit dem Wärmeverbund nicht warten. Wir besitzen weder die finanziellen Mittel noch die Ressourcen dafür. Es gibt andere Schulhäuser, die Priorität haben.

Zweitens. Wenn diese Investition verschoben wird, müssen wir gleichzeitig die Sanierung der Heizung in Angriff nehmen. Und das wäre eine weitere Heizung, welche in der Schlange steht, wenn der Wärmeverbund nicht in absehbarer Zeit kommt. Denn diese Heizung ist überfällig.

Patrick Höhener, Grüne: Als Grüner bin ich sicher dafür, dass wir die Dekarbonisierung machen können. Was sich mir aber nach wie vor nicht erschliesst ist, wenn die Kapazität sehr hoch ist und wenn die Sanierung des Schulhauses Gerberacher nicht heute oder morgen stattfinden soll, aber irgendwann wird sie kommen und der Wärmeverbund hat eine relativ hohe Lebensdauer, was wiederum dazu führt, dass man im Extremfall eine massive Überkapazität aufgrund einer extrem hoch dimensionierten Heizung hat. Ich würde behaupten der Hauptabnehmer Gerberacher nur noch $\frac{1}{5}$ als Beispiel über 10 oder 15 Jahre bezieht, was bedeutet das? Dies ist als Kommentar oder Frage zu verstehen. Was ich sicher nicht möchte ist, dass wir eine extrem hochdimensionierte Heizung haben, um ein nicht saniertes Gerberacher zu heizen und in 10 Jahren haben wir eine Heizung, die Wärme produziert, die nicht verlangt wird.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Danke für diese Frage. Dies ist ein Punkt, welchen wir gerne vorgängig geklärt hätten aber wir können es auch hier tun. Es ist so, dass wir ein kantonales Energiegesetz haben und grundsätzlich keine fossilen Heizungen mehr ersetzen dürfen. Ausgenommen davon ist eine Übergangslösung von wenigen Jahren. Wir haben es mehrfach gehört, sie sind überaltert. Wir brauchen eine Lösung für die Heizung damit die Kinder nicht irgendwann eine Jacke anziehen müssen. Wir brauchen die Lösung jetzt genau für diese Projektierung, damit die Heizung weder über- noch unterdimensioniert ist, brauchen wir die Gelder. Jetzt geht es in konkrete Projektierung dieses Wärmeverbundes. Seewasser ist zu wie weg. Wir benötigen eine Lösung. Keine Lösung ist keine Option. Was passieren würde ist der Ersatz von einer Fossilen für die kommenden acht Jahre. Das wäre das Einzige, was zulässig ist. Oder wir planen weiter. Wir haben keinen Handlungsspielraum resp. wie erwähnt eine warme Jacke anzuziehen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

Kostenstelle Werke, Konto 501.3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Das Budget auf dem oben genannten Konto wird um CHF 100'000 gekürzt

Alt: CHF 3'677'000

Neu: CHF 3'577'000

Begründung des Antrags

Beat Lüthi, FDP: Der GRPK ist natürlich bewusst, dass die 2025 neu geschaffenen Stellen bei den Werken primär für Arbeiten für den Wärmeverbund vorgesehen sind. Uns geht es explizit nicht um diese Stellen.

Der Personalaufwand in den Werken ist von der Rechnung 2020 bis Budget 2025 (also über 5 Jahre) um 29.4 % gestiegen. In einem Bereich, der wirklich nicht so stark wachsen sollte, also um erheblich mehr als die Inflationsrate, die kumulativ über die Zeit etwa 7.5 % betrug. Von 29.4 % zu 7.5 %. Auch wenn jetzt ein Teil des Mehraufwands 2025 als Ertrag vom Wärmeverbund zurückkommt in die Erfolgsrechnung, so müssen alle Abteilungen mit den knappen Mitteln sparsam umgehen und stets nach Wegen suchen, um effizienter zu werden. Weil Werke über ein Globalbudget verfügt und Defizite bzw. Überschüsse nicht in die Stadtkasse fliessen, sondern direkt über die Spezialfinanzierung abgerechnet werden, lag die Aufmerksamkeit der GRPK und sicher auch des Gemeinderats in den vergangenen Jahren viel zu wenig auf den Kosten in diesem Bereich.

Die Personalkosten der Werke sind alle in einem Konto gebündelt. Das macht es für die Führung einfacher, Wege zu finden, wo innerhalb der Abteilung die beantragte Kürzung um CHF 100'000 – was knapp 3 % entspricht – am besten umgesetzt werden kann.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Es ist ein weiterer, sehr irritierender Antrag, da er effektiv finanziell schadet. Und zwar am Steuerhaushalt. Wie wir richtig gehört haben, sind die Werke gebührenfinanziert. Das heisst, schlussendlich ist es ein Null-Summen-Spiel. Eine Stelle weniger = weniger Einnahmen.

Zudem ist wie bereits gehört so, dass die Gelder für die weitere Projektierung vom Gemeinderat gesprochen wurden. Dies sind effektive genau diese Stellen, welche benötigt werden, um daran weiter zu arbeiten. Diese Stellen werden vollumfänglich dem Wärmeverbund weiterverrechnet und – das ist ein Sondereffekt in diesem Fall – zu einem höheren, marktüblichen Ansatz. Es handelt sich also um einen höheren Ansatz als unsere effektiven Selbstkosten. Dies bedeutet, in diesem Fall würde sogar ein positiver Effekt für den Steuerhaushalt entstehen. Genau bei diesen Stellen. Weil sie weiterverrechnet werden an die Energieverbund AG. Das heisst, der Antrag ist finanziell nicht sinnvoll. Er ist zudem ein schlechtes Zeichen für das Personal. Es ist kein gutes Zeichen, wenn die Arbeit / das Engagement ist nicht richtig. Wir kommen später nochmals dazu, bei einer weiteren Stelle, bei welcher Gelder gekürzt werden sollen.

Und wenn es finanziell keinen Sinn macht, personell für Verunsicherung sorgt und keinen Sinn hinsichtlich der Projektierung macht sowie Gelder bereits vom Gemeinderat gesprochen wurden, dann besteht ein Widerspruch bei welchem ich nicht weiss, wie wir damit umgehen sollen. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen denn er macht schlicht und einfach von A-Z keinen Sinn.

Beat Lüthi, FDP: Ich würde gerne auf die Ausführungen von Jonas antworten. Erstens ich habe explizit gesagt und ich meine dies auch so, dass der Kürzungsantrag nicht auf die Stellen abzielt, die im Zusammenhang mit dem Wärmeverbund neu geschaffen werden sollen. Zweitens die neu geschaffenen Stellen erklären nicht den Anstieg von 29.4 % seit 2020. Und auch wenn die Inflationsrate abgezogen wird, kann dies nicht erklärt werden. Und drittens auch Gebühren sind Kosten für unsere Steuerzahlenden. Es spielt also am Ende keine Rolle, ob die Kosten als Steuern oder Gebühren bezahlen. Letztendlich, wenn die Gebühren höher ausfallen als nötig, dann ist dies ebenfalls Aufwand für unser Stimmvolk, unsere Steuerzahlenden.

(Christoph Mahler verlässt den Bock und geht auf seinen angestammten Platz.)

Christoph Mahler, EVP: Ich konnte zweimal als Stv. im November an den GRPK-Sitzungen teilnehmen und ich muss sagen, die Anträge heute Abend, die verkennen die gute Arbeit, welche die Leute in der Kommission leisten. Dies wird dessen nicht gerecht. Sie setzen extrem viel Engagement, Zeit, sehr lange Sitzungen und Einsatz in die Kontrolle und diese Anträge ein. Es ist natürlich so, dass die laufende Verschiebung von Budgets und von Zahlen und fehlenden Kennzahlen die Arbeit sehr erschwert. Ich habe das selbst miterlebt. Es ist von Jahr zu Jahr schwieriger, die Zahlen nachzuvollziehen und die Antworten des Stadtrates sind ebenfalls nicht sehr schnell. Nichtsdestotrotz ein Dankeschön an die GRPK.

Mit der Weisung 19 ist vor zwei Wochen eine Million Franken für den Wärmeverbund bewilligt worden. Und darin ist auch der Personalaufwand enthalten mit der Erhöhung, welche nun angezeigt wurde. Die von Beat angesprochenen fünf Jahre sind schon korrekt, wir sollten auf das Personal achten. In diesem Jahr betrifft es den Wärmeverbund und wenn wir dies nicht bewilligen, können wir ihn dem Wärmeverbund auch nicht zu höheren, marktüblichen Preisen verrechnen. Hier bin ich dafür. Und die EVP- und SP-Fraktion sind dafür, dass wir diesem Antrag zustimmen, damit wir hier zumindest budgettechnisch einen Gewinn machen, d.h. ohne die Personalkosten der letzten fünf Jahre zu beachten. Wenn wir also das Budget wirklich kürzen möchten, müssten wir zustimmen, sonst sind wir konterproduktiv.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 20 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Antrag der GRPK

Kostenstelle Werke (Globalbudget), Konto 551, Energie und Umwelt

Eine Mehrheit der GRPK beantragt:

Der Nettoaufwand auf dem oben genannten Konto wird um CHF 50'050 gekürzt.

Alt: CHF 200'050

Neu: CHF 150'000

Begründung des Antrags

Roman Hermann, FDP: Eine Mehrheit der GRPK vertritt die Meinung, dass im Bereich «Energie und Umwelt» Tätigkeiten erbracht werden, welche aus heutiger Sicht nicht in das Aufgabengebiet der Stadt fallen, weil es hierfür privatwirtschaftlich organisierte Alternativen gibt. Im Bereich Energieberatung steht den Bürgerinnen und Bürgern z.B. mit der «Energiegenossenschaft Zimmerberg» eine Institution zur Verfügung, welche sich in der Region für die Verbreitung von alternativen und nachhaltigen Energiequellen stark macht und auch entsprechende Beratung anbietet. Ich habe diese bei der Erstellung unserer eigenen PV Anlage selbst in Anspruch genommen. Darüber hinaus sind die allgemeinen Informationsmöglichkeiten für interessierte Bürger im Zusammenhang mit Umwelt- und Energiefragestellungen mannigfaltig vorhanden, weshalb in diesem Bereich die Stadt keine proaktive Beratung anbieten muss. Wenn man sich vor Augen hält, dass die Stadt in diesem Bereich u.a. eine Matchmaking-Plattform mit eigenen Ressourcen erstellt hat, erhält man nicht den Eindruck, dass sich die Stadt auf ihre wesentlichen Aufgaben in diesem Bereich konzentriert. Und das wären Aufgaben, für welche es keine alternativen Leistungserbringer gibt oder es den interessierten Bürgern nicht einfach ist, sich selbst schlau zu machen.

Clemens Schroeder, GLP: In dieser Budget Frage geht es um Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Wertschätzung der Stelle einer Umwelt und Energieverantwortlichen. Wädenswil will Vorzeige-Energiestadt sein und weniger ausgeben, um die vorgegeben Ziele des Kantons zu erreichen.

Wer kümmert sich um neue gesetzliche Anforderungen, hilft dem Unternehmen und den Bürgern die beste Lösung zu finden? Es ist komplex, die Fördergelder zu kennen und zu beantragen oder zum Beispiel Gestaltungspläne auch energetisch korrekt umzusetzen. Eine Ansprechperson zu Umwelt und Energie ist für die Verwaltung, Bürger, Unternehmer wie auch die Forschung sehr wichtig.

Wissen Sie zum Beispiel was LEG bedeutet? LEG steht für die lokale Elektrizitätsgemeinschaft. Mit dem revidierten Stromversorgungsgesetz soll zukünftig die lokal erzeugte Elektrizität über das öffentliche Netz innerhalb eines Quartiers oder auch einer Gemeinde vermarktet werden können. Das gibt einer Gemeinde und den Bürgern Sparpotential und die Chance unabhängiger von Preisschwankungen zu werden.

Neue Regeln bedeuten auch, sich damit zu befassen. Die aktuelle Stelle kümmert sich um weit mehr als nur Solar, auch die Wärmeversorgung und Mobilität wird berücksichtigt, ebenso wie Hitzeschutz. Sie ist Dreh- und Angelpunkt zu Energie und Umweltfragen.

Es ist schwierig, Mitarbeiter mit gutem Wissen in diesem Bereich zu finden, die sorgfältig mit dem sowieso schon kleinen Budget umgehen. Andere Gemeinden wie z.B. Thalwil haben ein Budget gegen eine Million Franken.

Mit der zusätzlichen Kürzung demotivieren wir gute Mitarbeitenden, die mit einem sehr bescheidenen Budget viele Aufgaben der Zukunft bewältigen. Das zukünftige Sparpotential ist sehr gross und geht verloren, wenn wir hier kürzen.

Mit der vorgeschlagenen Kürzung tun wir weder dem Bürger noch dem Gewerbe einen Gefallen. Wenn es explizit um die Matchmaking-Plattform geht, so sollte man diesbezüglich einen Vorstoss im Parlament machen. Wir von der GLP lehnen diesen Antrag ab.

Peter Huber, SP: Das Netto-Null-Ziel ist eine gesetzliche Vorgabe und darf nicht durch Budgetkürzungen gefährdet werden. Der umfassende Umbau von Gas auf erneuerbare Energiequellen ist eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Genau deshalb gehören Energieberatung und Öffentlichkeitsarbeit zu den Kernaufgaben der Stadt Wädenswil.

Die Energieberatung hat beispielsweise mit der Energiesparkampagne in der Stadt Einsparungen von rund 600'000 Franken erzielt. Diese Einsparung wird gefährdet durch diesen Sparantrag und dies ist weder sinnvoll noch verantwortungsbewusst. Deshalb möchten wir gerne von der SP-/EVP-Fraktion ein Zeichen für Nachhaltigkeit setzen und lehnen diesen Sparantrag ab.

Stadtrat Werke Jonas Erni: Dies ist definitiv der Antrag mit dem grössten negativen Impact, sollte diesem zugestimmt werden. Ich bitte Sie eindringlich darauf zu verzichten. Wir haben es gehört, es ist die Stelle unserer Energiebeauftragten. Sie leistet grossartige Arbeit und ich kann Ihnen sagen – ich hoffe die meisten von ihnen kennen sie – sie war wirklich schockiert, als sie davon hörte. Es ist nicht gut für unser Personal, solche Zeichen zu setzen. Dies ist aber nur eine Seite der Medaille. Die Schwierigkeit ist, wir sind Energiestadt Gold und wir haben mit einem sehr kleinen Budget sehr viel erreicht und dies verdanken wir genau ihr. Die Person, welche die Stelle innehat. Dass wir Energiestadt Gold sind, dass wir viel einsparen konnten, dass wir viele Massnahmen umsetzen konnten im Energiebereich zur Reduktion von Fossilien für mehr Erneuerbare. Nur um ein paar Zahlen zu nennen – und das ist wirklich das Relevante aus Zahlensicht – sie hat bei der Energiesparkampagne alle Abteilungen beraten und machte möglich, dass wir CHF 600'000 Franken einsparen konnten. Damals bei der Mangellage. Und zwar bei allen Abteilungen. Und dies ist nicht einfach mit links erledigt. CHF 600'000, das wäre nicht mehr im gleichen Umfang möglich, weil sie dies selbstverständlich nicht alleine leisten kann. Wir brauchen hier externe Studien um zu prüfen, wo haben wir in welchen Gebäuden die grössten Einsparmöglichkeiten. Auch mit innovativen Lösungen, intelligenten Thermostaten etc. Dies machen Externe. Diesbezüglich brauchen wir noch ein kleines Budget. Der grösste Teil dieser Ausgaben beinhalten die Lohnkosten und dann gibt es noch ein paar zehntausend für diese benötigten externen Projekte. Es wäre also wirklich gravierend.

Wir konnten auch bei Fördergeldern entsprechende Mittel einnehmen, was wiederum weitere CHF 100'000 beigetragen hat für unser Budget. So sind wir bereits bei CHF 700'000 angelangt. Und zum Vergleich, uns stehen CHF 200'000 jährlich zur Verfügung und in Horgen beispielsweise sind es viermal mehr, d.h. CHF 800'000 für den gleichen Bereich. In Uster sind mehr als fünfmal mehr. Wir haben bereits einen sehr kleinen Betrag für diesen Bereich,

was dank ihrer Effizienz sehr viel geleistet wird. Es wäre hochproblematisch, auch als Zeichen gegenüber der Bevölkerung, wenn wir hier jetzt noch zusätzliche Gelder einsparen würden. Das heisst, man stellt die Energiestadt Gold in Frage und es wäre ehrlicher zu sagen, man möchte dies nicht. Man möchte weiterhin keine Förderung von Erneuerbaren. Energiepolitik spielt keine Rolle. In diesem Zusammenhang kann man meinetwegen einen solchen Antrag stellen. Aber so ist er effektiv finanziell nicht gut. Er hat negative Auswirkungen. Personell wie erwähnt heikel. Übrigens sie erhält etwa monatlich Stellenangebote, aber weil es hier personell so gut gefällt ist sie bisher geblieben. Ich weiss allerdings nicht, was dies für Auswirkungen hat jetzt. Also kein gutes Zeichen und ich bitte Sie wirklich, diesen Antrag abzulehnen.

Roman Hermann, FDP: Ich möchte kurz auf dein Votum eingehen Jonas. Du hast hervor gehoben, um was für eine wertvolle Mitarbeiterin es sich handelt. Sie wurde in der GRPK in keiner Art und Weise in Abrede gestellt. Der Kürzungsbeitrag um CHF 50'000 entspricht nicht rein zufällig dem Betrag, welcher in den letzten Jahren jeweils für externe Beratungshonorare ausgegeben wurde. Wir implizieren damit also nicht, dass diese Mitarbeiterin nicht weiter beschäftigt werden soll. Aber da es sich eben um einen Globalkredit handelt, überlassen wir es euch selber, wo ihr die CHF 50'000 einsparen möchtet.

Werner Fuchs, GLP: Die Zukunft unserer Region, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft bewegt uns alle. Wir teilen alle dasselbe Ziel: Sicherheit, Stabilität und Perspektiven. Für uns als GLP ist diese Budgetkürzung nicht verständlich. Warum wir in einem wachsenden und zukunftsweisenden Bereich wie Energie und Umwelt das kleine Budget, und es ist wirklich ein kleines Budget, Thalwil steht beispielsweise ein vierfaches unseres Budgets zur Verfügung, noch gekürzt werden soll.

Erneuerbare Energien sind keine Träumerei, es sind reale Chancen. Sie machen uns weniger abhängig in Krisen, sie stärken die regionale Wirtschaft und sie schaffen Arbeitsplätze in der Region.

Die in Frage gestellte Budgetposition ist eine wichtige Drehscheibe. Die Drehscheibe unterstützt die Stadt, Gewerbe, Landwirte, die Forschung und Bürger. Sie bringt Klarheit in neue Gesetze, vermittelt Kontakte, was sehr wichtig ist, organisiert Anlässe für die Bürger, ebenfalls sehr wichtig, erstellt Übersichten, was ebenfalls oft angeprangert wird. Wir wissen nun, wo es überall Solardächer hat und was wo läuft. Es braucht jemanden, der sich um diese Sachen kümmert. Sie hilft bei Formularen und Abwicklungen sowie bei den angesprochenen Anträgen. Jemand muss wissen, welches Geld von der Stadt wieder zurückverlangt werden kann. Sie sucht neue Lösungen und Möglichkeiten, um den notwendigen Wandel zu beschleunigen, auch zusammen mit der Hochschule. Hier braucht es auch einmal einen externen Berater, denn kein Mensch kann alles. Wenn wir hier die CHF 50'000 als riesen Betrag betrachten, ist es einfach lächerlich.

Wir verstehen, dass Veränderungen – besonders bei neuen Technologien – Ängste und Unsicherheiten auslösen können. Doch genau hier setzt diese Stelle an: Sie schafft Orientierung, zeigt Fördermöglichkeiten auf und bringt Planungssicherheit.

Liebe Kollegen, wir alle tragen Verantwortung – nicht nur für heute, sondern auch für morgen, für die nächste Generation. Wenn wir heute nicht in Innovation und Nachhaltigkeit investieren, verlieren wir eine Chance vorwärts zu gehen. Andere Regionen werden uns wirtschaftlich und technologisch überholen. Budgetkürzung können wir uns in diesem Fall nicht leisten.

Unsere Bitte von der GLP: Seht nicht nur die Zahlen im Budget, sondern auch das Potenzial und die Chancen, die diese Stelle bietet. Setzen wir ein Zeichen für eine nachhaltige und innovative Zukunft – für uns alle – und lehnen dieses Kürzungsbegehren ab.

Karin Signer, SP: Hier wurde schon viel gesagt und ich habe nur noch eine kleine Bemerkung. Ich möchte einfach davor warnen, immer bei Umwelt und Klima und bei den erneuerbaren Energien zu sparen. Wenn man jetzt nicht in unserer Gemeinde für nachhaltige Lösungen einsteht, weiter forscht, Wissen verbreitet, damit es auch angewendet werden kann, dann wird später alles noch viel teurer. Also spätestens dann, wenn uns die Natur um die Ohren fliegt, wie es in anderen Gegenden, auch in der Schweiz, zeitenweise schon jetzt der Fall ist. Und um dies wenn möglich zu verhindern ist diese Abteilung unter anderem da und sie macht einen richtig guten Job. Darum plädiere ich dafür, auch dieses Budget nicht zu kürzen, sondern in Zukunft sogar noch auszubauen.

Patrick Höhener, Grüne: Ich schliesse mich meinen Vorrednern an und ich bin ebenfalls der Meinung, CHF 50'000 hinsichtlich der externen Mandate, entspricht CHF 4'000 pro Monat und ich bin sicher, dass die Fachperson, welche letztendlich diese Aufträge vergibt, dies nicht leichtsinnig macht. Sie wird externe Berater beauftragen, wo das Knowhow selber nicht vorhanden ist resp. wo eine Leistung zeitnah erfolgen muss. Ich würde hier deshalb eine gewisse Professionalität voraussetzen und attestiere dies auch. In diesem Sinne bitte ich euch ebenfalls diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Chris Tattersall, SVP: Was viele nicht wissen, es gibt bereits mehrere Webseiten, bei welchen Fördermittel und Beratungen kostenlos bezogen werden können. Zum Beispiel bei [zh.ch](https://www.zh.ch) → Förderung und Beratung rund um Energie. Ich habe diese Webseite selbst benutzt, als ich meine 24 Kilo-Watt-Stunde Anlage auf meinem Dach selbst installiert habe. Es gibt mehr als genug Möglichkeiten, sich selbst zu informieren. Es braucht keine Matchmaking-Plattform.

Patrick Höhener, Grüne: Vielleicht noch eine kurze Ergänzung von deinen Worten Chris. Ich denke es geht genau nicht um diese Plattformen, wo man sich bereits heute eindecken kann, sondern wenn spezifisches Knowhow benötigt wird, dass eben nicht auf einer Plattform übernommen werden kann. In diesem Fall kommt man nicht daran vorbei, zusätzliche Kosten zu generieren. Ich denke, es geht um diese Dinge. Und so habe ich das verstanden. Insbesondere, wenn wir von externen Mandaten sprechen, welche diesen Betrag ausmachen. In diesem Sinne halte ich an meiner Aussage fest.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mit 19 zu 16 Stimmen bei null Enthaltungen ab.

Ordnungsantrag Gemeinderatspräsidium

Fast zwei Stunden sind erreicht. Ich stelle den Antrag zu einer Doppelsitzung und einer 10-minütigen Pause. Weiter geht es um 21.10 Uhr.

Abstimmung über Ordnungsantrag

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**** 10 Minuten Pause ****

Stadtpräsident Philipp Kutter: Ich mache etwas, dass eigentlich unüblich ist. Ich verabschiede mich etwas früher. Ich sehe, ihr habt das Budget im Griff und deshalb braucht es mich hier nicht mehr. Ich gehe nach Bern, wo das Budget etwas mehr in Schieflage ist und sollte noch den letzten Zug erwischen. Ich wünsche euch an dieser Stelle etwas vorgezogen von Herzen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch. Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich für den grossen Einsatz bedanken, den ihr leistet. Auch, dass ihr kritisch seid mit dem Stadtrat, das muss auch sein. Danke für den grossen Einsatz an unserer Bevölkerung.

(Stadtpräsident Philipp Kutter verlässt den Saal um 21.15 Uhr.)

Kostenstelle Gesellschaft (Konto 6-691 bzw. S. 131-146)

Globalbudgets Gesellschaft

Bäder (Konto 63 bzw. S. 136 -138)

Stadtpolizei (Konto 64-642 bzw. S. 138-141)

Soziokultur (Konto 68 bzw. S. 143-146)

André Zürrer, SVP: Am Dienstag 5. November konnten Beat Lüthi und ich die Abteilung Gesellschaft besuchen und unsere Fragen wurden durch Stadtrat Daniel Tanner und die Abteilungsleiterin Samira Bahrami kompetent beantwortet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bedanken und ich wünsche Samira alles Gute für ihre neue Stelle in Luzern. Es ist schade sie zu verlieren, es war eine gute Zusammenarbeit und ich kann diesen Karriereschritt verstehen.

Im Vergleich zum Budget 2024 steigt der Aufwand um CH 1.9 Mio. Dies weil u.a. die Pflegekosten für die Wädenswiler Bevölkerung weiter steigt. Allein CHF 1.7 Mio. betragen die Mehrkosten im Bereich Gesundheit, der Infostelle Betreuung und der Pflegefinanzierung.

Die Stromkosten, die über die letzten Jahre sehr hoch waren, werden nun um 60 % sinken, um ca. CHF 200'000, was eine erfreuliche Entwicklung ist.

Die Rettungsorganisationen stehen wie in den vergangenen Jahren gleich da und haben keine Veränderung für das Budget 2025.

Die Soziokultur hat nur eine kleine Steigerung für den Aufwand im Vergleich zum Vorjahr und das nur betreffend des Teuerungsausgleiches. Das Team wird im kommenden Jahr vermehrt mit der PSW zusammenarbeiten. Dies im Rahmen zum Konzept der Sprachförderung in der frühen Kindheit. Zusätzlich übernehmen sie die Organisation und Durchführung des Ferienpasses.

Die weiteren Details entnehmen sie bitte aus Bericht und Antrag.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine Anträge.)

Kostenstelle Primarschule (Konto 7-791 bzw. S. 146-159)

Roman Hermann, FDP: Am 5. November haben Peter Huber und ich die PSW besucht. Dabei durften wir u.a. den neuen Leiter Bildung, Stefan Bättig, kennenlernen. Wir danken Pierre Rappazzo, Charlotte Zysette sowie Stefan Siegrist für die kompetente Beantwortung der Fragen der GRPK und aus den Fraktionen.

Ausführungen zu den einzelnen Teilbereichen der PSW sind im Bericht und Antrag aufgeführt und ich verzichte an dieser Stelle auf eine mündliche Wiedergabe.

Da auch im nächsten Jahr von höheren Schülerzahlen auszugehen ist, erscheint die budgetierte Netto-Aufwandsteigerung von rund 1.5 % auf den ersten Blick als nachvollziehbar. Aufgrund der von der Abteilungsleitung getätigten Aussage, dass die PSW nach wie vor nicht über ein aussagkräftiges Controlling verfügt, welche es erlauben würde, die einzelnen Schuleinheiten untereinander zu vergleichen und somit auch bottom-up zu budgetieren, noch nicht am Ziel ist und man auch beim Stellenplan, welcher der Planung eigentlich zugrunde liegen, keine zuverlässigen Aussagen machen kann, sind doch Zweifel angebracht, ob das Budget auch effektiv so eintreffen wird. Vor diesem Hintergrund kann die Güte des PSW Budgets nicht abschliessend beurteilt werden.

Stadtrat Primarschule Pierre Rappazzo: Vielen Dank Roman und Peter für den Besuch in der PSW und das Verfassen vom Bericht. Gerne ergänze ich euren schriftlichen Bericht und die mündliche Ausführung.

Auch das Budget 2025 trägt wiederum dem Versprechen Rechnung, dass die Primarschule die Kosten aus dem Jahre 2021 indexiert, nicht überschreitet. Indexiert heisst aufs Jahr 2025 bezogen, 14 % Kostensteigerung (nämlich 7 % Teuerung und 7 % Schüler Wachstum). Nachfolgend informiere ich über einzelne Budgetpositionen:

Zur Schulpflege habe ich mich bereits geäußert. Deshalb komme ich gleich zur Betreuung.

Betreuung

Auch hier möchte ich das Votum von Stadtrat Christof Wolfer noch ergänzen und unterstützen. Das Schülerwachstum seit 2021 beträgt in der Betreuung ca. 35 % während das gesamte Schülerwachstum ca. 7% beträgt. Das Wachstum ist eine zusätzliche Herausforderung, denn es ist schwierig, genügend (nicht zu wenige, nicht zu viele) Ressourcen bereitzustellen um beispielsweise einen Peak einmal in der Woche abzudecken. Bei der familienergänzenden Betreuung planen wir Verbesserungen in der Effizienz und Kostenstruktur, um ein Defizit der variablen Kosten – trotz Wachstum von 35 % – bei ca. CHF 1.3 Mio., welche wir bereits im Jahr 2021 hatten, halten zu können.

Schulverwaltung

In der Schulverwaltung wollen wir die Effizienz verbessern und so sowohl Budget 24 und Rechnung 21 unterbieten. Dies auch, weil wir wo immer möglich auf Lohnerhöhungen verzichten und im Gegensatz zu den Aussagen von Beat Lüthi auf 100 Stellenprozent verzichten, obwohl sie bewilligt sind. Ich danke an dieser Stelle dem Verwaltungspersonal für die Solidarität der Primarschule gegenüber.

Schülertransport

Das Sorgenkind aus den letzten 5-6 Jahren werden 2025 erstmals wieder seit Jahren in ruhigen Gewässern fahren und das Budget einhalten.

Schulsozialarbeit

Bei der Schulsozialarbeit haben wir verglichen mit 2021 aufgrund der guten Erfahrungen (um schwierigeren Fällen vorzubeugen) um 20 % aufgestockt, damit wir später weniger Kosten tragen müssen. Wir sind überzeugt, dass sich dies auszahlt.

Personalkosten Primarschule

Kommen wir zum Kerngeschäft von der Schule und somit auch dem grössten Posten.

Die Integration von Kindern mit Sonderschulbedarf ist anspruchsvoll und kostenintensiv. Wir haben einen gesetzlichen Auftrag zur integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (ISR). Wie wir dies tun, da haben wir ein wenig Spielraum. Aus der Kostenanalyse 2020 wissen wir, dass Wädenswil die höchste ISR Quote von allen Vergleichsgemeinden gehabt hat. Dies hat zu sehr hohen Ressourcen geführt, wo in den Schuleinheiten haben genutzt werden können. Diese Ressourcen gilt es in einem umsichtigen Prozess besser zu verteilen. So haben wir beispielsweise den Anmeldungs- und Zulassungsprozess für Deutsch als Zweitsprache (DAZ) übersteuert und Kontingente pro Schulhaus eingeführt. Dies bedeutet aber auch für einzelne Lehrpersonen weniger Pensa und ist schmerzhaft. Und weitere Kontingente in anderen Bereichen werden folgen.

Mit dieser Umverteilung finanzieren wir die Weiterentwicklung in der Primarschule. Beispielsweise werden wir etwas Ähnliches wie den Gegenvorschlag vom Regierungsrates zur Förderklasseninitiative bereits 2025 umsetzen. Und wir werden das Schulpersonal über ein gemeinsames Kompetenzzentrum und Kompetenznetzwerk bezüglich Sonderschulung entlasten. Dadurch wollen wir mit dem gleichen finanziellen Aufwand eine bessere Dienstleistung erbringen. Insbesondere die Regelschüler und die Klassenlehrpersonen sollen davon profitieren. Sie sind in den letzten Jahren zu kurz gekommen.

Ich hoffe auf eure Unterstützung und freue mich auf ein weiteres spannendes Jahr in der Primarschule Wädenswil.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine Anträge.)

Kostenstelle Soziales (Konto 8-891 bzw. S. 159-175)

Globalbudgets Soziales:

Soziale Dienste (Konto 83 bzw. S. 167-169);

Asyl- und Wohnbegleitung (Konto 832 bzw. S. 169-170)

Peter Huber, SP: Die Abteilung Soziales hat für das nächste Jahr einen Mehraufwand von CHF 1.6 Mio. budgetiert. Der Ertrag steigt ebenso. Im Vergleich zur Rechnung 2023 ist der Nettoaufwand hingegen um CHF 2 Mio. gestiegen. Diese Zunahme liegt vor allem bei den Sozialversicherungen, also den Ergänzungsleistungen des Bundes und den Beihilfen des Kantons. Dies resultiert aus der alternden Bevölkerung, die zu höheren Pflege- und Mietkosten führt. Etwa 70 % der Kosten werden refinanziert, den Rest muss die Stadt zahlen.

Bei den 55 subventionierten Krippenplätzen wurde in diesem Jahr eine bessere Auslastung erreicht und es wird angenommen, dass dies auch im nächsten Jahr so bleibt. Daher sind Kosten von 1.1 Mio. budgetiert. Im Bereich der Sozialdienste hat die Erhöhung des kantonalen Kontingents im Asylbereich von 1.3 auf 1.6 % zu einer Kostensteigerung von CHF 0.4 Mio. geführt. Dass die Anzahl der Personen um etwa 80 gestiegen ist, ist jedoch nicht der einzige Grund für die Kostensteigerung. Der Anteil an fremdsprachigen Personen sowie Personen mit Mehrfachproblematiken hat ebenfalls zugenommen. Dies erfordert mehr Betreuungsaufwand und führt daher zu höheren Lohnkosten.

Die Kosten- und Leistungsüberprüfung fand dieses Jahr auch in der Abteilung Soziales statt. Man hat die freiwilligen Einkommens- und Vermögensverwaltungsdienste, die die Abteilung Soziales anbietet, geprüft und festgestellt, dass diese wahrscheinlich mehr Geld einsparen, als sie kosten. Die Kosten für Springer sind jedoch aufgrund des angespannten Arbeitsmarkts recht hoch.

Ich danke Claudia Bühlmann und der gesamten Abteilung für die konstruktiven Gespräche.

Antrag der GRPK

Kostenstelle Soziales, Konto 831, Soziale Dienste (Globalkredit)

*Eine Mehrheit der GRPK beantragt:
Der Nettoaufwand wird um CHF 200'000 reduziert.*

*Aufwand Alt: CHF 3'376'426
Aufwand Neu: CHF 3'176'426*

Begründung des Antrags

Marco Kronauer, SVP: Wie bereits im Bericht und Antrag erwähnt, ist die zunehmende Komplexität bei den Fällen nachvollziehbar. Auch möchte ich klar betonen, dass mit dem Antrag nicht die bewilligten Stellen gestrichen werden, so wie es uns der Stadtrat ständig vorhält. Die 4.8 Stellen wurden im Budget 2023 befristet auf 2 Jahre bewilligt. Dazu würde das Budget dementsprechend erhöht. Ebenfalls fand im 2024 nochmals eine Erhöhung statt mit der bekannten Tatsache, dass nicht alle Stellen in einem Jahr das ganze Jahr gerechnet werden.

Die Erhöhung im 2023 und 2024 zusammen sind rund CHF 620'000. Zieht man davon noch 5 % ab, für die Anpassung der Löhne infolge Teuerung etc. bleiben CHF 589'000 für die bewilligten 4.8 Vollzeiteinheiten. Pro Vollzeiteinheit ergibt dies rund CHF 123'000.

Im Budget 2025 werden die auf zwei Jahre befristeten Stellen weitergeführt, was auch unbestritten ist. Trotzdem sollen die budgetierten Personalaufwände nochmals um CHF 248'000 erhöht werden, mit der Begründung, die Stellen müssen besetzt werden, obwohl bereits pro bewilligte Stelle CHF 123'000 gesprochen wurden. Diese Tatsache ist einfach nicht nachvollziehbar, weshalb hier ein Kürzungsantrag von CHF 200'000 auf das Globalbudget beantragt wird.

Lieber Stadtrat: Das was hier im Bereich Soziales geschieht, das ist weit weg von Effizienz. Klar werden die Fälle komplexer. Das Gleiche kann mittlerweile jede Abteilung von sich behaupten. Bei Planen und Bauen werden die Baubewilligungen auch immer komplexer. Bei den Immobilien wird es auch immer komplexer, da der Gemeinderat immer detailliertere Auskünfte möchte. Unser ganzes Leben wird komplexer. Aber hat irgendein Stadtrat, ausser die Stadträtin Soziales diese Zahlen einmal genau angeschaut? Das ist weit weg von etwas komplexer, das ist Wohlfühloase "zur Sonne".

Auch mit der Budgetkürzung kann die Zielsetzung der Abteilung Soziales eingehalten werden, so wie es im Antwortschreiben geschrieben wurde. Die aktuellen Stellen können erhalten werden. Der Nettoglobalkredit vom Konto 831 "Soziale Dienste" würde im vorliegenden Fall mit der Budget-Kürzung immer noch um CHF 216'000 ansteigen. Noch als kleine Bemerkung: die Springerkosten sind in den aufgeführten Personalaufwänden nicht enthalten.

Peter Huber, SP: Die Personalkosten im Sozialen Dienst sind in den letzten Jahren gestiegen – und das hat gute Gründe. Mehr Fälle, komplexere Strukturen, sprachliche und kulturelle Barrieren sowie die Betreuung von Menschen mit Mehrfachproblemen erfordern mehr

Zeit, mehr Einsatz und vor allem mehr Personal. Wenn wir jetzt die Personalkosten kürzen, wird das Problem nicht kleiner, sondern grösser: Die Fallbelastung wird steigen, die Qualität der Betreuung wird sinken, das Personal wird noch eher abwandern, und langfristig führen diese Entwicklungen zu höheren Gesamtkosten, da mehr Springerkräfte nötig sein werden.

Die Erfahrung zeigt: Es ist günstiger, wenn Menschen gut betreut werden. Eine Studie der Stadt Winterthur bestätigt dies. Genügend Personal sorgt für optimale Betreuung. Dadurch sinken die Fallkosten, die Erwerbsintegration steigt, und Menschen können schneller aus der Sozialhilfe aussteigen. Wenn wir an dieser Stelle sparen, erreichen wir genau das Gegenteil dieses Sparantrags: höhere Fallkosten und langfristig grössere Belastungen für die Stadt.

Zudem kämpft die Abteilung Soziales, wie viele andere auch, mit Fachkräftemangel, hoher Fluktuation und krankheitsbedingten Ausfällen. Die Springerkräfte, die diese Ausfälle kompensieren, sind deutlich teurer, als wir mit diesem Sparantrag einsparen würden. Stabile Teams mit weniger Fluktuation sind kein Luxus, sondern ein Schlüsselfaktor für langfristige Kostensenkungen.

Deshalb bin ich klar dagegen, die Personalkosten im Sozialen Dienst zu kürzen. Stattdessen müssen wir hier investieren – im Interesse der Menschen, der Gemeinde und letztlich von uns allen.

Clemens Schroedter, GLP: Ich war nun zweimal als Beisitzer beim Sozialen dabei. Mein Eindruck ist, dass es dort doch ein grosses Verbesserungspotential besteht. Es gibt grundlegende Probleme mit der Belastung der Mitarbeitenden, Mitarbeitende zu halten ist schwierig und überhaupt Mitarbeitende zu finden.

Wir von der GLP glauben nicht, dass man dieses grundlegende Problem mit einer Budgeterhöhung wie anhin löst. Claudia Bühlmann hat einen interessanten Artikel weitergeleitet, in welchem erläutert ist, wie Winterthur damit umgegangen ist.

Die Stadt Winterthur hat eine zusätzliche befristete Stelle geschaffen um zu evaluieren, was den wirklich der Effekt ist, wenn sie in ihrer Struktur bedeutend aufstocken. Sie haben durch das bedeutende Aufstocken festgestellt, dass sie Kosten reduzieren konnten. Sie haben zwar mehr fürs Personal ausgegeben, schlussendlich konnten aber die Leute früher in den Arbeitsmarkt und auf die Art und Weise konnte die Stadt Kosten sparen. Dazu hat man sich zuerst ein Konzept überlegt. Hat sich überlegt, wie man das macht. Und entsprechend sind wir der Meinung, man müsste auch sowas ähnliches machen. Man müsste sich überlegen, wie wir bei uns aus diesem Teufelskreis rauskommen und dementsprechend sind wir nicht der Meinung, dass die kleine Erhöhung des Budgets hilft.

Darum würden wir dem Budgetantrag um Kürzung zustimmen.

Stadträtin Soziales Claudia Bühlmann: Peter Huber hat dies sehr gut erklärt. Ich kann dem eigentlich gar nicht mehr viel hinzufügen. Ich möchte ihnen danken für diesen Besuch.

Es ist so, dass wir letztes Jahr diese Stelle zwar bewilligt wurden, wir aber wussten, dass wir nicht alle besetzen werden können, da wir eine so grosse Fluktuation hatten und nicht mal die alten Stellen besetzen konnten. Darum ist der Betrag jetzt höher als letztes Jahr.

Ich sehe – wie von Peter auch erwähnt – als ganz schlechtes Zeichen gegenüber unseren Mitarbeitenden. Sie sind sehr belastet. Seit ich diese Abteilung übernommen habe, kämpft sie mit Personalproblemen. Wir werden schauen, wie wir die grundlegenden Probleme wie von Clemens erwähnt lösen können. Aber trotzdem sind die Mitarbeitenden geschwächt. Sie sind aus der Covid-Zeit gekommen, dann ist die Ukraine-Krise gekommen, der Fachkräftemangel kommt hinzu und nun die erhöhte Quote der geflüchteten Menschen.

Es ist ein Dauer-Notzustand in den Sozialen Diensten personell bedingt. Und wenn jetzt das Budget gekürzt wird, dann erreichen wir nicht, was wir möchten. Es ist demotivierend. Sie leisten wirklich sehr gute Arbeit. Wir haben leider nicht mehr viele langjährige Mitarbeitende aber auch die neuen Mitarbeitenden leisten sehr gute Arbeit und ich möchte euch wirklich bitten, dem Antrag nicht zuzustimmen und uns diese Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wir werden sie wohlüberlegt einsetzen. Es ist uns und mir ganz persönlich wichtig, hier eine gute Qualität zu leisten und schlussendlich Kosten zu sparen. Und ich denke mit diesem Antrag bewirken wir das Gegenteil wie von Peter erklärt.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 20 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Kostenstelle Alterszentrum Frohmatt (Konto 9-991 bzw. S. 172-174)

Peter Huber, SP: Das Alterszentrum Frohmatt präsentiert ein Budget mit einem Mehraufwand von CHF 0.7 Mio., im Vergleich zur Rechnung 2023 sogar mit einem Mehraufwand von CHF 2.3 Mio.

Die Personalfuktuation hat sich bei 15 % stabilisiert, wie auch im aktuellen Jahr, liegt damit aber 4 % unter dem Wert von 2023. Im ersten Halbjahr sind die Personalausstritte merklich zurückgegangen und die Stimmung unter den Mitarbeitenden hat sich spürbar verbessert. Mit dem Absenzen-Tool, das dieses Jahr eingeführt wurde, haben wir nun Erfahrungen gesammelt. Das Tool eignet sich hervorragend, um korrigierend einzugreifen, um frühzeitig Abwesenheiten zu erkennen und die Zusammenarbeit in den Aushilfeteams zu verbessern. Zudem wurde in den letzten zwei Jahren eine eigene Vermittlung für Stundenlohn-Mitarbeitende aufgebaut.

Trotzdem bleibt die Frohmatt weiterhin vom schwierigen Arbeitsmarkt betroffen. Es gibt nach wie vor viele Vakanzen und langfristige Ausfälle, was den Einsatz von Springern weiterhin

notwendig macht. Mit Benefits wird an der Attraktivität wie z.B. einer Prämie für kurzfristige Dienstübernahmen gearbeitet.

Auch die Digitalisierung der Arbeitsprozesse wird neu verstärkt gefördert. Sprachgesteuerte Pflegedokumentationen und mobile Leistungserfassungen stehen im Investitionsprogramm. Daher steigen die Softwarekosten auf CHF 0.35 Mio.

Die Personalkosten machen in der Frohmatt 78 % der Gesamtkosten aus, das sind CHF 18 Mio. Mit einem Teuerungsausgleich von 1.2 % und Lohnanpassungen von 0.6 % ergibt sich ein Mehraufwand von rund CHF 0.3 Mio. für das nächste Jahr.

Die Frohmatt rechnet mit einer Auslastung von 97 %. Aufgrund der steigenden Zahl ambulanter Angebote und einem Überangebot an Betten im Bezirk, ist dies wohl ein ambitioniertes Ziel. Ein weiterer Trend zeigt, dass Pflegebedürftige häufiger zwischen verschiedenen Pflegeeinrichtungen wechseln, wie Spital, Reha, Spitex, Langzeitpflege oder Übergangspflege. Dies führt zu einem erhöhten administrativen Aufwand. Die Abwesenheitstage der Pflegebedürftigen nehmen ebenfalls stark zu. Die Betten sind zwar finanziert, aber Betreuung und Pflege können während der Abwesenheit nicht verrechnet werden, was dennoch zusätzliche Arbeit verursacht.

Im Vergleich zur Rechnung 2023 haben sich die Aus- und Weiterbildungskosten mehr als verdoppelt. Nach der Pandemie wurde das Weiterbildungsprogramm aufgrund häufiger Personalwechsel erst verspätet wieder aufgenommen worden. Verschiedene Faktoren führen zu diesem starken Anstieg bei Weiterbildungen. Ein Beispiel: Momentan müssen Bewohner für eine intravenöse Antibiotikabehandlung fünf Tage ins Spital. Wenn die Mitarbeitenden dafür ausgebildet wären, könnten die Bewohner in der Frohmatt bleiben, was erhebliche Einsparungen ermöglichen würde.

Eine Befragung von Bewohnern und Angehörigen hat ergeben, dass sie mit der Pflege und Betreuung zufrieden sind.

Aufgrund der geplanten Ausgliederung im Jahr 2025 sind die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung neutralisiert.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine Anträge.)

Investitionsrechnung (S. 266-282) und ordentliche Abschreibungen (S. 317-318)

Clemens Schroedter, GLP: Bei den Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen im ausserordentlichen Umfang von CHF 50 Mio. liegt der Fokus auf Infrastrukturprojekten wie Schulbauten, Büelenstrasse, Ersatzbau Beichlen Fussballplatz sowie der Alterssiedlung Bin Rääbe.

Die Bruttoinvestitionen sind mit CHF 63 Mio. für 2025 budgetiert.

Ich möchte hier nur auf einen Punkt eingehen: Die Investitionssumme im Bereich Wärme- und Energieverbund liegt bei CHF 1.4 Mio. Wobei nicht 11.4 Mio. wie im Bericht, sondern CHF 1 Mio. für die Projektierung der EVW AG vorgesehen sind. Es handelt sich um einen Tippfehler im Bericht.

CHF 0.4 Mio. sind für Planungskosten der Vorprojektarbeiten wie Machbarkeit, Zentralenstandort, Leitungsführung, Businessplan, Organisationsvarianten und Akquisetätigkeiten des Wärmeverbunds Gerberacher enthalten. Aufgrund der Vorarbeiten soll dann entschieden werden, ob dieser Wärmeverbund gebaut werden soll.

Antrag der GRPK

Kostenstelle 3, Finanzen, 322 Immobilien im Verwaltungsvermögen, Konto 322.5040.00 INV00044, neue Heizung Langrüti Nr. 37, 40, 42

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das budgetierte Investitionsvorhaben neue Heizung Langrüti Nr. 37, 40, 42 von CHF 250'000 auf dem genannten Konto ist zu streichen.

Alt: CHF 250'000

Neu: CHF 0

Begründung des Antrags

Beat Lüthi, FDP: Wir haben den Stadtrat gehört, dass ein Heizungersatz bald angegangen werden muss, und dass der budgetierte, schockierend hohe Betrag von CHF 250'000 durch den Bericht einer Fachperson hergeleitet ist – zumindest als Grössenordnung. Das Geschäft ist nicht umstritten bei den Antragstellern.

Trotzdem sind die einstimmige GRPK und auch die FDP/BFPW-Fraktion der Ansicht, dass in einem Jahr wie 2025, in welchem derart hohe Investitionen und Projekte anstehen, nur wirklich dringliche Investitionen getätigt werden sollen. Wir plädieren daher für eine Verschiebung dieser Investition auf ein Folgejahr.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Bei den Immobilien haben wir verschiedenste Heizungsanlagen, die zur Erneuerung anstehen. Dazu gehören: Hütten, Gerberacher (spätestens seit heute Abend wieder) und selbstverständlich auch Langrüti. Es gibt weitere, die in der Pipeline sind, weil mehrere Anlagen veraltet sind. Aus diesem Grund hat auch der Stadtrat bereits gesagt, dass nicht alles gleichzeitig passieren soll und wir es hinauszögern, solange es vernünftig ist. Aus diesem Grund befindet sich nur noch eine Heizungsanlage in diesem Budget. Ursprünglich waren es mehrere.

Warum ist es nicht sinnvoll, diese Heizungsanlage ebenfalls zu streichen? Wenn mehrere Heizungsanlagen ersetzt werden müssen, besteht das Risiko, dass eine mitten im Winter aussteigt und dann kommen hohe Kosten auf uns zu. Notheizungen sind kaum verfügbar und schlicht und einfach sehr sehr teuer.

Zweitens kommt hinzu, wenn wir alle Heizungen gleichzeitig ersetzen müssen, ist dies nicht Sinnvoll. Weder von den eigenen Ressourcen aus den Immobilien heraus, noch dass wir

überhaupt Unternehmen finden, welche die Heizungen im Sommer rechtzeitig installieren können. Die Heizungsbranche ist im Moment sehr aktiv und es ist schwierig Unternehmen zu finden. Darum ist es schwer, drei Heizungsanlagen gleichzeitig zu ersetzen.

Auch aus zeitlichen Überlegungen. Bauschulden sind auch Schulden. Ich denke, wenn wir hier alles hinauszögern und unsere Immobilien verfallen lassen, macht es einfach keinen Sinn. Dies haben wir in früheren Jahren auch gemacht. Wir sind hier, systematisch einen gewissen Prozess zu machen um unsere Immobilien zu unterhalten und am Laufen zu erhalten, damit wir sie auch clever nutzen können. Dies lässt sich nicht einfach alles verzögern und schlussendlich alles an einem Jahr erledigen. Darum macht es Sinn, einen schönen Plan zu machen eins nach dem anderen zu erledigen.

Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat den Antrag abzulehnen.

Karin Signer, SP: Das Schulhaus Langrüti besteht aus zwei relativ kleinen Schulhäusern und einem Turnhallenpavillon, etwas unterhalb und auf der anderen Strassenseite. Der zu beheizende Komplex ist daher nicht wirklich klein, was die relativ hohen Kosten schon erklärt. Die Schule ist zurzeit vermietet an eine Privatschule und es ist natürlich klar, dass diese sich jederzeit auf eine funktionierende Heizung verlassen können muss.

Die bestehende Heizung ist 26 Jahre alt. Wenn man von einer Heizungslebensdauer von 20 Jahren ausgeht, hat sie also ihren Zenit längst überschritten und könnte jetzt jederzeit aussteigen. Wir hoffen natürlich, dass dies nicht diesen Winter schon passiert, denn eine Notheizung würde alles nur noch viel teurer machen. Man muss also jetzt aktiv werden und für einen geeigneten Ersatz sorgen. Zu diesem Zweck wurde eine umfassende Evaluation vorgenommen. Dabei kam heraus, dass die günstigste, umweltfreundliche Variante eine Luft-Wasser-Wärmepumpe ist. Die geschätzten Kosten gelten für alle drei Gebäude.

Die Budget-Kürzung ist darum abzulehnen und die CHF 250'000 sind zu genehmigen, damit man hier weiter vorwärts machen kann.

Patrick Höhener, Grüne: Ich bin hier etwas ambivalent. Als "Grüner" müsste ich sagen, dass ich voll für die Umsetzung bin. Aufgrund der vorliegenden Zahl von CHF 250'000 für eine Luft-Wasser-Wärmepumpe für ein doch überschaubares Ensemble an Häusern resp. CHF 400'00, welche für Bohrungen betrachtet wurden, wirken diese Kosten auf mich eher hoch. Wir sind hier wieder in dieser Situation, welche ich angesprochen habe im Zusammenhang mit dem Gerberacher. Wir verfügen über eine Liegenschaftenstrategie, in welcher wir jedoch nicht genau wissen, was mit diesen Gebäuden passieren soll. Sie sind nicht saniert. Würden sie saniert, würde es natürlich deutlich mehr kosten, jedoch wäre der Bedarf massiv tiefer. Und in diesem Sinne bin ich hier etwas ambivalent. Grundsätzlich ja, man sollte zwingend etwas machen. Aber wenn wir am Ende eine neue Heizung installieren – und CHF 250'000 Franken sind kein Pappenstiel – und ein paar Jahre später wird saniert und man verfügt über eine total überdimensionierte Heizung, dann wurde auch etwas falsch gemacht.

Ich möchte in Erinnerung rufen. Grundsätzlich wäre es schon schön, wenn für diese Gebäude ein Heizungersatz so teuer ist, dass wir über umfassende Planung verfügen, was

man mit diesen Gebäuden will. Und das wäre diese Immobilienstrategie, über die wir unterdessen verfügen. Bei diesen konkreten Gebäuden weiss ich aber auch nicht, was wann vorgesehen ist. Wahrscheinlich ist aus Kostengründen nicht morgen oder übermorgen etwas geplant, aber gleichzeitig ist es viel Geld und in eine überdimensionierte Heizung investiert, da bin ich sehr skeptisch, auch als "Grüner".

Werner Fuchs, GLP: Wir haben heute offensichtlich mehrfach ein Problem. Es gibt immer zwei Aspekte, einmal den Umweltaspekt (man möchte vorwärtsmachen mit Luft-Wasser-wärme-Pumpen), aber dann kommen die Kosten hinzu. Man müsste das Haus sanieren und ich habe hier ein Problem mit der Strategie. Ich weiss nicht mehr, ob ich dafür oder dagegen sein soll. In diesen Diskussionen ist es für uns eher schwierig geworden. Wie Patrick auch erwähnt hat, ist es für uns extrem schwierig eine Entscheidung zu treffen. Soll man das Budget sprechen oder nicht. Man möchte ja das Budget sprechen für solche Sanierungen. Es ist nicht die Idee, dass man dies nicht möchte. Man möchte einen gewissen Plan ablaufen lassen aber es ist extrem schwierig, wenn wir danach ja oder nein sagen müssen. Es ist das Einzige, was wir sagen können. Wir können nicht sagen; macht einen sauberen Plan. Und ich gib das Vertrauen dem Stadtrat, dass dies gemacht wird. Aber ich habe trotzdem Mühe, was mache ich jetzt: annehmen oder ablehnen? Vielleicht kann Christoph dazu noch etwas sagen.

Beat Lüthi, FDP: Es hat nur indirekt damit zu tun aber es hat trotzdem damit zu tun. Ich möchte mich Patrick anschliessen. Es war wertvoll, was er gesagt hat. Es zeigt mir auf, es kann Liegenschaften geben, da weiss die Stadt schlicht nicht mehr, was sie damit anfangen soll. Und es stehen riesige Investitionen an und hier komme ich wieder darauf zurück und es tut mir leid, da bin ich vielleicht eine alte Leier, aber ich sehe es nicht ein, warum wir diese Liegenschaften behalten. Aber das haben wir uns nun eingehandelt und darum bleibt es auch so. Aber dies ist genau ein Grund, warum es ein Problem sein kann, dass die Stadt nicht mehr fähig ist, sich von Liegenschaften im eigenen Besitz zu trennen. Dies nebenbei.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mit 20 zu 10 bei 5 Enthaltungen zu.

Antrag der GRPK

Kostenstelle 3, Finanzen, 323 Schulliegenschaften, Konto 323.5030.00 INV00616, Schulanlage Glärnisch, Verbreiterung Feuerwehrezufahrt und Bau Veloständer für Lehrer

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das budgetierte Investitionsvorhaben Verbreiterung Feuerwehruzufahrt und Bau Veloständer für Lehrer bei der Schulanlage Glärnisch von CHF 250'000 auf dem genannten Konto ist zu streichen.

*Alt: CHF 250'000
Neu: CHF 0*

Begründung des Antrags

Roman Hermann, FDP: Angesichts rekordhoher Investitionsvorhaben im nächsten Jahr müssen wir uns auf solche Positionen konzentrieren, die a) von zentraler Bedeutung und b) dringend notwendig sind. U.a. aufgrund von Aussagen von Vertretern der Feuerwehr ist diese Zufahrt nicht notwendig und nicht als dringlich zu taxieren und es darf auch davon ausgegangen werden, dass diejenigen Lehrer, welche gerne mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, ein Plätzchen finden, wo sie ihre Fahrräder bereits jetzt abstellen können.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Das ist wiederum ein solcher Antrag, der, hätte man ihn rechtzeitig diskutiert, wir Missverständnisse aus dem Weg hätten räumen können. Denn die einen sprachen von der Feuerwehruzufahrt von oben, hier geht es aber um die Feuerwehruzufahrt von unten. Man hat immer davon gesprochen, von oben kann die Feuerwehr ohne Problem zufahren, diese Zufahrt braucht es nicht. Bis man herausgefunden hat, wenn mal richtig nachgefragt wurde, es geht um die Feuerwehruzufahrt von unten.

Selbstverständlich kann dies gestrichen werden, man muss es nicht machen. Wir hoffen einfach, es brennt nicht.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Antrag der GRPK

~~Kostenstelle 3, Finanzen, 323 Schulliegenschaften, Konto 323.5040.00 INV00123, Schulanlage Hütten, Sanierung Radon KiGa (Altbau)~~

~~Eine Mehrheit der GRPK beantragt:~~

~~Das budgetierte Investitionsvorhaben Sanierung Radon KiGa Hütten von CHF 100'000 auf dem genannten Konto ist zu streichen.~~

~~Alt: CHF 100'000
Neu: CHF 0~~

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Dieser Antrag wurde durch eine Mehrheit der GRPK am 6. Dezember 2024 zurückgezogen.

.....

Antrag der GRPK

Kostenstelle 3, Finanzen, 323 Schulliegenschaften, Konto 323.5040.00 INV00684, Schulanlage Ort, PV-Anlage

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das budgetierte Investitionsvorhaben PV-Anlage Schulanlage Ort von CHF 200'000 auf dem genannten Konto ist zu streichen.

Alt: CHF 200'000

Neu: CHF 0

Begründung des Antrags

Beat Lüthi, FDP: Entgegen der Meinung, welche in der GRPK vorherrschte, handelt es sich bei dieser PV-Anlage nicht um einen neuen Gebäudeteil des Schulhauses Ort (wo es sicher eher Sinn machen würde, auch gleich eine PV-Anlage zu montieren), sondern um einen bisherigen, bestehenden Gebäudeteil.

Die FDP/BFPW-Fraktion und eine signifikante Minderheit der GRPK ist der Meinung, dass die Stadt ihr PV-Ausbautempo im 2025, angesichts rekordhoher sonstiger Investitionen, etwas reduzieren soll und diese Investition auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden soll.

Peter Huber, SP: Die Stadt Wädenswil hat sich verpflichtet, die Energie- und Klimaziele von Bund und Kanton mit dem "Masterplan Energie und Klima 2030+" lokal umzusetzen. Eine PV-Anlage auf dem Schulhaus Ort bringt viele Vorteile: Sie reduziert den CO₂-Ausstoss, stärkt die lokale Energieproduktion und setzt ein starkes Zeichen für Nachhaltigkeit. Zudem sorgt eine PV-Anlage für eine Dachbeschattung, die zur Hitzeminderung im Schulhaus beiträgt.

Wirtschaftlich lohnt sich die Anlage bereits nach 7,5 Jahren. Sie liefert langfristig günstigen Strom und generiert Mehreinnahmen durch überschüssigen Strom. Dass wir im Hochsommer kurzfristig zu viel Strom produzieren, stimmt zwar, aber deshalb während des restlichen Jahres keinen Strom zu produzieren, macht doch keinen Sinn. Das erscheint mir ähnlich wie der Verzicht auf den Bau eines Parkplatzes, nur, weil er einmal im Jahr leer steht.

Durch diese Anlage am Schulhaus werden gleichzeitig die Schülerinnen und Schüler sowie die Gemeinschaft für Klimaschutz und erneuerbare Energien sensibilisiert. Mit diesem Projekt leistet Wädenswil einen aktiven Beitrag zur Energiewende.

Aus diesen Gründen ist die SP/EVP-Fraktion gegen die Streichung der Projektkosten.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Es ist korrekt, es ist eine Investition, die gestrichen werden kann. Sie ist nicht zwingend notwendig. Die Immobilien verfolgte bisher die Politik,

dass auf alle Neubauten sowieso PV-Anlagen installiert werden – teilweise auch vorgeschrieben durch die Baubehörden. Zusätzlich soll pro Jahr eine Anlage auf ein bestehendes Gebäude installiert werden. Dies ist für 2025 geplant wie gesagt auf dem bestehenden Schulhaus Ort, weil auf dem Neubau gibt es sowieso eine. Diese Investition kann gestrichen werden, aber das Gute in dieser Investition ist, dass sie sich in relativ kurzer Zeit, d.h. je nachdem wie sich die Strompreise entwickeln, in einer einstelligen oder kleinen zweistelligen Jahreszahl selbst amortisiert.

Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, diesem Antrag nicht zu folgen.

Karin Signer, SP: Ein Schulhaus ist doch geradezu prädestiniert für eine PV-Anlage. Am Tag ist Betrieb und am Abend und in der Nacht ist Ruhe. Genau wie bei der Sonne.

Eigenen Strom zu haben ist ein riesiger Vorteil und kann enorme Kosten sparen. Es werden ja im Unterricht immer mehr elektronische Geräte verwendet und diese müssen aufgeladen werden. Während die Lehrer/innen am Unterrichten sind, können sie bequem ihre E-Bikes und E-Autos an den Ladestationen aufladen, die Mittagsmenus für die Kinder können aufgewärmt werden, usw.

Es kommt ja immer das Argument, dass es in Europa tendenziell zu viel Strom aus PV gibt, wenn die Sonne scheint. In Europa mag das schon in einigen Gegenden der Fall sein. In Wädenswil sind wir davon aber noch ziemlich weit entfernt. Zudem gibt es Lösungen, wie z.B. Speicher, die auch immer günstiger und effizienter werden, oder Stromsharing-Projekte, also den Strom z.B. unter Nachbarn oder im Quartier zu teilen, die jetzt auch langsam kommen.

Wenn die Sonne aber nicht scheint und die PV-Anlagen vielleicht nur einen Bruchteil der vollen Leistung erbringen können, benötigen wir jedes einzelne geeignete Dach und jede geeignete Fläche, um am Ende möglichst viel eigenen Strom produzieren zu können. Mitunter macht uns das auch unabhängiger vom Ausland. Also diese Budget-Kürzung ist abzulehnen.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt mit 17 zu 17 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Der Ratspräsident stimmte für den Antrag. Damit ist der Antrag mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen (Art. 82 Abs. 2 Geschäftsverordnung Gemeinderat).

Antrag der GRPK

Kostenstelle 4, Planen und Bauen, 411 Raumplanung und Landschaftsentwicklung, Konto 411.5000.00 INV00178, Umsetzung Klimaanpassung - Rahmenkredit 2025

Eine Minderheit der GRPK beantragt:

Das budgetierte Investitionsvorhaben Umsetzung Klimaanpassung – Rahmenkredit 2025 von CHF 90'000 auf dem genannten Konto ist zu streichen.

Alt: CHF 90'000

Neu: CHF 0

Begründung des Antrags

Beat Lüthi, FDP: Die Stadt hat in den letzten Jahren in den Bereichen Klima und Biodiversität einiges unternommen. Mit der nun angenommenen BZO wurde der ökologische Ausgleich sowie die Grünflächenziffer eingeführt – das sind weitere Massnahmen, welche einen Beitrag zur Hitzeminderung in der Stadt und insbesondere auch im Zentrum leisten. Dass jetzt Investitionsmittel von CHF 90'000 unter diesem Titel gesprochen werden sollen, z.B.

- zur Erstellung eines digitalen Baumkataster-Inventars ausserhalb der Kernzone, trägt nichts zur Hitzeminderung bei;
- für Chaussierungen und Baumpflanzungen entlang von Gemeindestrassen verwendet werden, also Projekte, welche ebenfalls sehr wenig zur Hitzeminderung beitragen.

Wir erachten dies als Wunschbedarf. Nichts spricht dagegen, aber es ein Wunschbedarf und aus diesem Grund müssen wir auf die zur Verfügung stehenden Mittel achten.

Und wer glaubt, dass es bei diesen CHF 90'000 bleibt, wird sich irren. Es ist jetzt bereits klar, dass dies jährlich wiederkehrend sein wird im Planen und Bauen. Und generell, wenn etwas physisch angepackt wird draussen, macht man mit CHF 90'000 gar nichts. Wenn die Tür zu dieser Position geöffnet wird, so wird es in den Folgejahren einen massiven Ausbau auf dieser Budgetposition geben.

Mit anderen Worten: Sie entspricht einem Leistungsausbau, den sich Wädenswil für nicht notwendige Projekte nicht leisten kann.

Peter Huber, SP: Im Zeitalter der Klimaerwärmung erachte ich es als besonders wichtig, dass wir uns auch der Hitzeminderung widmen, insbesondere an empfindlichen Orten wie Schulhäusern, Pflegeheimen oder Altersheimen. Solche Massnahmen tragen direkt dazu bei, die Lebensqualität zu verbessern und gesundheitliche Risiken zu minimieren.

Durch das helfen die Massnahmen, langfristig Kosten zu sparen und leisten einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige und sichere Zukunft. Aus diesen Gründen bin ich gegen die Streichung dieser wenigen Projektkosten.

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Der Antrag und vor allem die Begründung, was diese Massnahmen beinhalten, irritieren mich. Ich muss auch dazu sagen, bezüglich BZO, nur, weil wir sie angenommen haben, wurde nicht mehr budgetiert. Von den Grünflächen haben Sie ein Drittel gekürzt. Seltsam, wenn die BZO erwähnt wird, das Parlament einer grüneren Stadt zustimmt aber die Mittel dazu nicht spricht.

Woher Zweck kommt, dass es hier um Chaussierungen geht, entzieht sich mir auch. Dies habe ich so nicht als Antwort gegeben, dass mehr chaussiert wird. Ich führe gerne aus, dass die CHF 90'000 beinhalten.

Ich bitte Sie zu beachten, dass dies weniger ein Grünthema als um gesundheitliches ist. Es wurde erwähnt. Die Hitze in der Stadt ist nun mal Tatsache. Ich möchte hier nicht über Klimawandel diskutieren, diesbezüglich kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber die Klimadaten zeigen nun mal, dass es heisser wird und ein angenehmes Aufenthaltsklima in der Stadt ist für mich ein wichtiger Standortfaktor.

Es gibt immer bessere Klimakarten, die Bund und Kanton erstellen. Vorher war das ganze Stadtzentrum einfach rot und nun gibt es verfeinerte Klimakarten, wo man sieht, dass es wirklich punktuell ist. Und die punktuellen Hitzeherde in der Stadt möchten wir angehen mit konkreten Massnahmen. Wir haben hierfür eine Fachplanung gemacht und wir unterscheiden genau wo wird etwas gemacht und wo nicht. Wir können wirklich mit wenig Mitteln – und da reichen CHF 90'000 – viel erreichen. Wir haben die Hotspots ausgesucht, wo sich vulnerable Menschen aufhalten. Dies sind Altersheime, Alterswohnungen, Kindergärten, KiTa's, Schulen usw. Und da können wir mit wenig Mitteln/Massnahmen wirklich etwas bewirken mit Baumpflanzungen.

Das Geld ist hierfür bestimmt und es geht nicht um Strassenbau, wo tatsächlich viel Ressourcen verschlingt, sondern punktuell mit grünen Pflanzen etwas zu machen.

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Ich würde gerne das Gegenargument zu Beat nehmen. Gerade Bäume bringen sehr viel bei der Hitzeminderung. Wir müssen jetzt beginnen, da sie 20 Jahre benötigen, bis sie über eine vernünftige Krone verfügen. Sie bringen danach mehrere Grad Temperaturunterschied im Schattenbereich. Wenn mit so wenigen Mitteln so viel erreicht werden kann, sehe ich es als sinnvolle Investition.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Antrag der GRPK

Kostenstelle 5, Werke, 5060 Wärmeverbund Untermosen, Konto 5060.00 INV00362, Ersatz Gaskessel

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das budgetierte Investitionsvorhaben Ersatz Gaskessel Wärmeverbund Untermosen von CHF 250'000 auf dem genannten Konto ist zu streichen.

Alt: CHF 250'000

Neu: CHF 0

Begründung des Antrags

André Zürrer, SVP: Mit der Gründung eines neuen Energieverbundes nächste Jahr wird der Wärmeverbund Untermosen in den Energieverbund integriert und die einstimmige GRPK ist der Meinung, dass die neue Energieverbund AG entscheiden soll, was mit dem Gaskessel passieren und wie das ganze erneuert werden soll.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag der GRPK

Kostenstelle 5, Werke, 591 Wärme- und Energieverbunde, Konto 591.5030.00 INV00437, Wärmeverbund Gerberacher

Die einstimmige GRPK beantragt:

Das budgetierte Investitionsvorhaben Wärmeverbund Gerberacher von CHF 390'000 auf dem genannten Konto ist zu streichen.

Alt: CHF 390'000

Neu: CHF 0

Begründung des Antrags

Simon Bass, Die Mitte: Wir haben vorher grossmehrheitlich der Streichung vom Auftrag zur Entwicklung eines Wärmeverbundes Gerberacher mit dem FLAG-Ziel zugestimmt, deshalb braucht es aus meiner Sicht keine weiteren Erläuterungen, weshalb wir diesen Antrag annehmen sollten.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Abstimmung über Antrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es zu den ordentlichen Abschreibungen weder Wortmeldungen noch liegen Anträge vor.)

Gemeinderatspräsident Nicolas Raser: Nun liegt das bereinigte Budget 2025 für die Abstimmung vor. Ich zähle die angenommenen 13 Anträge nochmals auf:

1. Budget Abteilung 0, Behörden (Schulpflege), Konto 025.3000.00, Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen wird um CHF 33'000 gekürzt.
2. FLAG-Ziel "Vollständige Vermietung", Konto 0321 Immobilien im Finanzvermögen (Globalkredit) wird aufgehoben.
3. FLAG-Ziel "Schaffung von Transparenz" mit den entsprechenden Massnahmen, Konto 0321 Immobilien im Finanzvermögen (Globalkredit) wird neu gesetzt.
4. Budget Abteilung 3, Finanzen, Immobilien 32 (Schulliegenschaften), 323.3010.00 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal wird um CHF 60'000 gekürzt.
5. Budget Abteilung 4, Planen und Bauen, 432 Öffentliche Grünanlagen (Globalkredit). Der Nettoaufwand wird um CHF 100'000 reduziert.
6. In den FLAG-Zielen von 51 Gasversorgung und Wärme wird die Aufgabe "Entwicklung Wärmeverbund Gerberacher" gestrichen.
7. Budget Abteilung 5, Werke, Konto 501.3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals wird um CHF 100'000 gekürzt.
8. Budget Abteilung 8, Soziales, 831 Soziale Dienste (Globalkredit). Der Nettoaufwand wird um CHF 200'000 reduziert.
9. Budget Abteilung 3, Finanzen, Konto 322.5040.00, Immobilien im Verwaltungsvermögen, neue Heizung Langrüti Nr. 37, 40, 42 wird um CHF 250'000 gekürzt.
10. Budget Abteilung 3, Immobilien Schulliegenschaften, Konto 323.5030.00, Verbreiterung Feuerwehruzufahrt und Bau Veloständer für Lehrer SA Glärnisch wird um CHF 250'000 gekürzt.
11. Budget Abteilung 3, Immobilien Schulliegenschaften, Konto 323.5040.00, PV-Anlage SA Ort wird um CHF 200'000 gekürzt.
12. Investitionsrechnung Abteilung 5, Werke, Konto 5060.00. Das budgetierte Investitionsvorhaben Ersatz Gaskessel Wärmeverbund Untermosen von CHF 250'000 auf dem genannten Konto wird gestrichen.
13. Investitionsrechnung Abteilung 5, Werke, Konto 591.5030.00. Das budgetierte Investitionsvorhaben Wärmeverbund Gerberacher von CHF 390'000 auf dem genannten Konto wird gestrichen.

Schlussabstimmung zum Budget und zu den Leistungsaufträgen (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt dem Budget 2025 mit den heute beschlossenen Anträgen sowie den Leistungsaufträgen 2025 mit Globalkrediten der FLAG-Abteilungen mit 34 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Zweitens Steuerfuss 2025

Anträge der GRPK

Eine Mehrheit der GRPK folgt dem Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss unverändert bei 86 % zu belassen.

Begründung des Mehrheitsantrags

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: Die Mehrheit in der GRPK unterstützt den Antrag des Stadtrats den Steuerfuss bei 86 % zu belassen. Beim Ertragsüberschuss war dies ein wesentlicher Punkt, um den Steuerfuss auf dieser Höhe zu belassen.

Eine Minderheit der GRPK beantragt, den Steuerfuss auf 87 % zu erhöhen.

Begründung des Minderheitsantrags

Peter Huber, SP: Unsere Stadt gibt mehr Geld aus, als sie einnimmt. Das nennt man ein strukturelles Defizit, und es beträgt etwa CHF 6.5 Millionen. Wie können wir dieses Defizit beeinflussen? Schauen wir uns die Stellschrauben an, die uns dafür zur Verfügung stehen.

Eine dieser Schrauben heisst Sparen. Wie wir heute gesehen haben, wird daran intensiv gearbeitet.

Die zweite Schraube ist Optimieren, also mit dem gleichen Aufwand mehr leisten. Auch hier ist die Stadt mit der Kosten- und Leistungsoptimierung dran und wir hoffen, bald auf gute Ergebnisse.

Die dritte Stellschraube ist eine Erhöhung des Steuersubstrats. Daran wird seit Jahren gearbeitet. Mit einer Vielzahl von Massnahmen versucht die Stadt, Unternehmen anzuziehen und so die Einnahmen zu steigern. Zu dieser Stellschraube gehört jedoch auch der Steuerfuss. Seltsamerweise wurde dieser in diesem Jahr sogar nach unten gedreht. Das kann doch nicht zielführend sein – wir drehen an zwei Schrauben in die richtige Richtung und an der dritten gar nicht oder sogar in die falsche. Deshalb finde ich es nur fair, wenn wir das strukturelle Defizit auch mit dem Steuerfuss zu korrigieren versuchen.

Gerade jetzt stehen die Zeichen dafür besonders gut, denn wir können die städtische Kasse mit nur einem Prozentpunkt verbessern, ohne den gesamten Steuerfuss anpassen zu müssen. Das strukturelle Defizit zu bekämpfen ist staatspolitische Vernunft und ein ideologisches Anliegen zugleich.

Darum: Nutzen Sie bitte diese Chance und geben Sie der Stadt dieses eine Prozent, damit der Gesamtsteuerfuss bei einem so hohen strukturellen Defizit nicht weiter sinkt.

Roman Hermann, FDP: Die Fraktion der FDP/BFPW steht klar hinter dem Mehrheitsantrag der GRPK den Steuerfuss auf dem gegenwärtigen Niveau zu belassen. Die von einer Minderheit der GRPK vorgenommene Verknüpfung der Steuerfussenkung der OSW ist ganz klar abzulehnen. Bei der OSW haben sich die Stimmbürger dazu entschieden, das seit Jahren angehäuften und in dieser Höhe nicht benötigte Eigenkapital partiell an die Steuerzahler zurückzuführen. Dieser Umstand ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen. Die OSW hat ihre Kosten weitestgehend im Griff und hat in den letzten Jahren jeweils besser abgeschnitten als budgetiert. Beide Faktoren treffen auf die Finanzen der Stadt heute leider nicht zu. Wir sind nicht der Meinung, dass die Stadt ihre Kosten weitestgehend im Griff hat, noch dürfen wir hoffen, dass die Stadt für das laufende Jahr kostenseitig mit einem besseren Abschluss als budgetiert aufwarten wird.

Es mag zwar durchaus sein, dass wir uns aufgrund der demographischen Entwicklung und uns vom Kanton oder von anderen Stellen zusätzlich auferlegter Aufgaben oder Kosten in den nächsten Jahren über eine Steuerfusserhöhung Gedanken machen müssen.

Heute und auch dannzumal erwarten wir aber vom Stadtrat, dass er zuerst das gesamte Potential an Kostenstabilisierungsmassnahmen konsequent ausschöpft. Wir sprechen hier extra nicht von Sparmassnahmen, den Sparen heisst ja weniger ausgeben, sondern von Massnahmen, welche zumindest sicherstellen, dass die jährlichen Kostensteigerungen in einem ausgewogenen Verhältnis mit dem Wachstum der Einwohnerzahl oder ähnlich nachvollziehbaren Kriterien stehen. Dies setzt u.a. voraus, dass alle Abteilungen über klare Planungs- und Controllinginstrumente verfügen. Dies ist unserer Meinung heute noch nicht überall der Fall. Des Weiteren erwarten wir von allen politischen Leistungsträgern, sprich vom Gemeinderat und dem Stadtrat, dass falls wir über eine Steuerfusserhöhung sprechen müssen, gleichzeitig eine Debatte über den Leistungskatalog der Stadt gesprochen wird. Eine solche Debatte hat in der laufenden Legislatur per dato noch nicht stattgefunden.

Aus diesen Gründen ist es für uns klar nicht der richtige Zeitpunkt, um den Steuerfuss zu erhöhen. Dies würde ein falsches Zeichen an den Stadtrat senden und es wäre auch ein vorzeitiges Eingeständnis des Gemeinderates, dass er der Meinung ist, dass alle anderen Mittel der Kosten- und Ertragsgestaltung der Gemeindefinanzen bereits ausgeschöpft sind. Dieses Eingeständnis wollen und können wir seitens unserer Fraktion heute nicht abgeben.

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Sie mögen sich erinnern vor zwei Jahren hatten wir die gleiche Frage, ob wir ein Prozent kompensieren sollen. Ich habe damals ein sehr engagiertes Votum gehalten und es wurde dann auch kompensiert. Heute verzichte ich auf dieses Votum. Nicht, dass die Ausgangslage so ist, dass wir behaupten können, dass das strukturelle Defizit weg ist und wir darauf verzichten können. Ich glaube auch nicht, um ganz ehrlich

zu sein, wenn wir realistisch sind wird das strukturelle Defizit in Zukunft nicht sinken. Das Beste, was passieren könnte, dass es nicht weiter ansteigt. Was sich aber gegenüber zwei Jahren verändert hat, ist die finanzielle Situation der Stadt. Diese hat sich wesentlich verbessert. Das laufende wie auch das nächste Jahr weisen einen hohen Überschuss aus. Wir verfügen über eines der besten Budgets aller Gemeinden im Kanton Zürich. Und in diesem Moment wäre es sicher schwierig zu erklären, wieso der Steuerfuss angehoben werden soll, wenn das Budget so gut ist.

Deshalb verzichtete der Stadtrat auf solch einen Antrag.

Samuel Wehrli, Grüne: Ganz grundsätzlich sollte Steuern zu bezahlen keine Last sein, sondern eine Ehre in einem Staat wie diesem. Dies sollte mal gesagt werden. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass der Staat so gut funktioniert. Gäbe es keine Steuern, gäbe es keinen Staat und ohne Staat gäbe es keine funktionierende Gesellschaft. Eine Politik, die das einzige Ziel verfolgt die Steuern zu senken, ist schlicht keine intelligente und nachhaltige Politik. Es ist klar, dass keine Steuern nicht funktioniert und 100 % auch nicht. Ein Optimum liegt irgendwo dazwischen und dies suchen wir hier.

Wenn wir gut aufgepasst haben beim Votum von Christof Wolfer, besten Dank für deine Ausführungen am Anfang, du hast es gesagt, dass strukturelle Defizit bleibt. Und wenn man sich darauf eingeschossen hat und ihm begegnen möchte, müssen wir die Steuern erhöhen. Du hast den Vergleich gezogen. Andere Gemeinden von ähnlicher Grösse wie wir verfügen über einen höheren Steuersatz. Sie wirtschaften eher schlechter. Also die Realität ist, dass das strukturelle Defizit, über welches wir verfügen, steht weniger im Zusammenhang mit der Arbeit des Stadtrats oder der Behörden, sondern mit den Kosten, die anfallen.

Nun haben wir zwei Möglichkeiten. Entweder wir übernehmen diese Verantwortung und zahlen diese Kosten. Oder verzichten darauf, verschulden uns und hinterlassen es unseren Nachkommen. Hier verweise ich auf die klare Antwort von Beat Lüthi; wir übernehmen Verantwortung. Wenn wir als eins und eins also Beat und Christof zusammenzählen ist klar, was wir zu tun haben. Alles andere wäre schlicht verantwortungslos.

Ich finde auch die Argumentation von Seiten FDP, dass wir die Steuern erst erhöhen, wenn wirklich bewiesen ist, dass wir bei den Behörden und beim Stadtrat nicht noch das letzte Quantum rausgeholt werden kann, ist eine faule Ausrede um Schulden zu generieren und sie unseren Nachkommen zu überlassen. Dies erachte ich nicht als verantwortungsvoll. Ich bin hier absolut bei dir Beat, also auch in diesem Sinne, mein Votum um den Steuerfuss um 1 % zu erhöhen.

Patrick Höhener, Grüne: Wenn wir das Budget betrachten und heute Abend haben wir über das Budget diskutiert und gesprochen, handelt es sich um eine wahnsinnig kurzfristige Sichtweise. Und ja Christof, ich finde du hattest einen sehr guten "Speech" heute am Anfang und aktuell sieht es gut aus. Aber wir wissen alle, wir haben unendlich grosse Ausgaben vor uns. Wir haben Untermosen, wir haben Steinacker, wir haben Gerberacher. Es handelt sich hierbei um Schulhäuser, die uns enorm viel kosten werden. Es sind riesen Bauten aus den 70er Jahren, bei welchen wir nicht abschätzen können, was es uns kosten wird. Dies bedeutet, alles was wir jetzt an Kapital bilden, werden wir irgendwann sowieso mehr als benötigen.

Und in diesem Sinne, jeder, der privat unterwegs ist, achtet darauf, dass er seine Kasse füllt. Denn er weiss, irgendwann kommt eine grosse Sanierung, wenn er ein Haus o.ä. besitzt. Und ich finde dies sollten wir ebenfalls so handhaben. Wir sollten die Budget-Perspektive von einem Jahr verlassen und sollten beachten, was im Horizont auf uns zukommt. Und es sind enorme Kosten, dies wissen wir alle. Also sollten wir clever sein und vorausschauen. Wir sollten uns entscheiden kleine Polster aufzubauen, auch wenn diese minimal sind. Aber es ist ein Zeichen. Und ein Zeichen, dass wir den Steuerfuss senken – und unter dem Strich wird er gesenkt, wenn wir die Oberstufe zurückgeht – ist für mich ein total falsches Signal, wenn wir den Horizont betrachten und genau wissen, was uns noch erwartet.

Ursula Gall, Die Mitte: Ich verstehe die Argumente total, aber müssen unbedingt ein Zeichen setzen in Wädenswil für eine Steuersenkung. Hier handelt es sich nämlich um die richtige Richtung. Wir sind eine Hochsteuerinsel umgeben von tiefen Steuersätzen und es ist attraktiver für gute Steuerzahlende nach Wädenswil zu kommen. Sie würden sich eher dafür entscheiden, nach Wädenswil zu ziehen statt nach Wollerau, Schwyz oder Bäch.

Samuel Wehrli, Grüne: Bezüglich Hochsteuerinsel kommt es auf den Referenzpunkt an. Natürlich trifft es zu, wenn mit gewissen Gemeinden am Zürichsee verglichen wird. Wenn wir aber damit nach Bern gehen, würden ihnen die Tränen kommen. So schlecht geht es uns nicht.

Werner Fuchs, GLP: Blicken wir nicht immer so pessimistisch in die Zukunft und sprechen von steigenden Ausgaben, aber es können auch die Einnahmen steigen oder die Organisation kann sich verbessern. Mit Solaranlagen kommt in sieben Jahren Geld zurück. Diese Investitionen bringen alle Geld. Man muss immer aufpassen, was man macht. Wir sind sehr pessimistisch. Die Zinsen steigen ja nicht, die Zinsen fallen. Es gibt also auch andere Aspekte. Die Energiepreise fallen. Wir könnten auch mal weniger pessimistisch in die Zukunft schauen, sondern optimistisch. Und in einem Jahr können wir wieder Bilanz ziehen. Wir können die neue Situation betrachten und wieder korrigieren.

Deshalb finde ich es gut, was die Stadt macht, wir bleiben beim bestehenden Steuersatz und schaffen stabile Verhältnisse.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine weiteren Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Da der Mehrheitsantrag der GRPK deckungsgleich mit jenem des Stadtrats ist, stellt der Minderheitsantrag den einzigen Änderungsantrag dar und es ist zuerst über diesen abzustimmen.

Abstimmung über Minderheitsantrag der GRPK (mit Stimmenzählern)
Der Rat lehnt den Antrag mit 21 zu 14 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Nun stimmen wir über den Hauptantrag ab.

Abstimmung über Mehrheitsantrag der GRPK (mit Stimmenzählern)

Der Rat stimmt den Antrag mit 21 zu 14 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Drittens: Abstimmung über das Gesamtpaket

Antrag der GRPK

Die einstimmige GRPK beantragt, das Budget der politischen Gemeinde für das Jahr 2025 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen – unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen und zum Steuerfuss – zu genehmigen.

Genehmigung des Budgets 2025 inklusive Leistungsaufträge und Steuerfuss von 86 %.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper gibt es keine Wortmeldungen und keine weiteren Anträge.)

Schlussabstimmung Budget 2025 inkl. Leistungsaufträgen und Steuerfuss von 86 %

Der Rat stimmt dem Gesamtpaket mit 35 zu 0 Stimmen (einstimmig) zu.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper schliesst die Sitzung und wünscht schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.)